

Beteiligungsbericht 2021 des Landkreises Greiz

INHALTSVERZEICHNIS

<u>1.</u>	EINLEITUNG	
<u>2.</u>	ÜBERBLICK ÜBER DIE BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES GREIZ	4
2.1	RECHTSFORMEN	4
2.2	BETEILIGUNGSÜBERSICHT IM GESCHÄFTSJAHR 2021	5
2.3	GRUNDLEGENDE DATEN 2021	5
2.4	WESENTLICHE VERÄNDERUNGEN IM GESCHÄFTSJAHR 2021	8
<u>3.</u>	AUSFÜHRUNGEN ZU DEN EINZELNEN UNTERNEHMEN	g
3.1	Krankenhäuser des Landkreises Greiz	g
•	3.1.1 KREISKRANKENHAUS GREIZ GMBH (KKH GREIZ GMBH)	9
	3.1.1.2 MEDIZINISCHES VERSORGUNGSZENTRUM DER KREISKRANKENHAUS GREIZ GMBH	_
	POLIKLINIK GREIZ GMBH	18
	3.1.1.3 DIENSTLEISTUNGSZENTRUM KREISKRANKENHAUS GREIZ GMBH	25
	3.1.2 KREISKRANKENHAUS RONNEBURG - FACHKLINIK FÜR GERIATRIE GMBH	30
	3.1.2.1 PFLEGEHEIM RONNEBURG GMBH	37
	3.1.2.2 KREISREHAKLINIK RONNEBURG GMBH	42
3.2	VERKEHRS- UND SERVICE-UNTERNEHMEN	46
	3.2.1 PERSONEN- UND REISEVERKEHRS GMBH GREIZ (PRG)	46
	3.2.2 REGIONALVERKEHR GERA/LAND GMBH (RVG)	55
	3.2.3 GRZ SERVICE UND VERWALTUNGSGESELLSCHAFT GMBH	65
3.3	Sonstige Unternehmen	73
	3.3.1 "UMWELT" ENTSORGUNGS- UND STRAßENSERVICE GMBH	73
	3.3.2 KREISSTRAßENMEISTEREI DES LANDKREISES GREIZ (KSM)	80
<u>4.</u>	SCHLUSSBEMERKUNGEN	86
5	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	87

1. Einleitung

Der Beteiligungsbericht hat die Aufgabe, einen Überblick über die kreiseigenen Unternehmen zu geben. Der Bericht wird jährlich fortgeschrieben, damit die Entwicklung der Unternehmen kontinuierlich verfolgt werden kann.

In dem Beteiligungsbericht werden die einzelnen Unternehmen, an denen der Landkreis beteiligt ist, vorgestellt, ihre spezifischen Leistungen beschrieben und wichtige ökonomische Daten präsentiert. Ausgehend von den kommunalen Aufgaben bzw. Zielsetzungen wird über die Unternehmensziele, die Leistungskraft und die wirtschaftliche Situation informiert.

Der Beteiligungsbericht bezieht sich grundsätzlich auf das Jahr 2021. Zu ausgewählten Zahlen und Kennziffern erfolgt ein Vergleich mit den Jahren 2020 und 2019.

Die Gesellschaften und die Eigenbetriebe erstellen ihren Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuches. Durch die Erfolgs- und Bestandsermittlung soll damit ein Einblick in die wirtschaftliche Lage und vor allem in die Vermögensverhältnisse eines Unternehmens gegeben werden. Nachfolgend werden einige damit zusammenhängende Begriffe erklärt:

Bilanz:

Die Bilanz ist die Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva). Sie ist zum Schluss des Geschäftsjahres zu erstellen und ist neben der Gewinn- und Verlustrechnung Teil des Jahresabschlusses. Die Bilanz hat eine Gegenüberstellung der aktiven und der passiven Vermögensgegenstände zu liefern. Aktiva sind danach die der Leistungserstellung dienenden Wirtschaftsgüter ("Wofür wurden die Mittel verwendet?"). Passiva sind die hierfür verwendeten Finanzmittel ("Woher kamen die Mittel?").

In dem vorliegenden Beteiligungsbericht ist die Bilanz auf die wichtigsten Bilanzpositionen reduziert. Auf der Aktivseite - Mittelverwendung - befinden sich das Anlage- und Umlaufvermögen. Das Anlagevermögen stellt die Vermögensgegenstände eines Unternehmens dar, die diesem langfristig dienen sollen wie beispielsweise Gebäude und Fuhrpark. Zum Umlagevermögen zählen alle Vermögensposten, die nur kurzfristig im Unternehmen verbleiben, weil sie ständig umgesetzt werden wie z. B. Bargeld, Postgiro- und Bankguthaben. Auf der Passivseite – Mittelherkunft – werden die Bilanzpositionen Eigenkapital, Rückstellungen und Verbindlichkeiten dargestellt. Unter der Position Eigenkapital sind alle eigenen Mittel eines Unternehmens zusammengefasst wie z. B. eingebrachtes Kapital der Eigentümer bzw. Gesellschafter oder der Jahresgewinn oder -verlust des Vorjahres. Rückstellungen sind Verbindlichkeiten für Aufwendungen, die am Bilanzstichtag zwar ihrem Grunde nach feststehen, aber nicht in ihrer Höhe und dem Zeitpunkt der Fälligkeit, z. B. Prozesskosten, Pensionsrückstellungen. Sie dienen der periodengerechten Ermittlung des Jahresergebnisses. Unter dem eigentlichen Begriff der Verbindlichkeiten werden alle bestehenden Zahlungsverpflichtungen zusammengefasst, deren Grund, Höhe und Fälligkeit bereits bekannt sind, beispielsweise Zahlungsverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten aus Darlehen oder aus Lieferung und Leistung.

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die Gewinn- und Verlustrechnung ermittelt den Unternehmenserfolg. Aus ihr sind alle Aufwendungen und Erträge und damit Ursachen und Zusammensetzung des Erfolgs ersichtlich. Während bei der Bilanz der vollständige Vermögensnachweis – besonders der Schuldennachweis – im Vordergrund steht, stellt der Ausweis des Periodenerfolgs und dessen Zustandekommen das Hauptmotiv der GuV – auch Erfolgsrechnung genannt – dar. Die Darstellung der GuV erfolgt im vorliegenden Beteiligungsbericht reduziert auf wesentliche Positionen.

Das Betriebsergebnis liefert eine Gegenüberstellung der Kosten und Erlöse und gibt somit an, ob das Unternehmen auf seinem Leistungsgebiet erfolgreich war oder nicht. Im Finanzergebnis sind die Salden der Beteiligungs-, Zins- oder sonstigen Finanzanlagevermögen eines Unternehmens erfasst. Das gewöhnliche Geschäftsergebnis ergibt sich aus dem Betriebs- und Finanzergebnis, während das außerordentliche Ergebnis den Saldo von außerordentlichen Erträgen und außerordentlichen Aufwendungen darstellt. Diese stehen zwar im Zusammenhang mit dem Betriebszweck, dürfen aber bei der Betriebsergebnisermittlung nicht berücksichtigt werden, da sie zufällig, einmalig und i. d. R. ungewöhnlich hoch sind, wie z. B. Schadensfälle durch Hochwasser, Verluste und Gewinne aus dem Verkauf von Anlagen. Das Jahresergebnis – Jahresüberschuss oder –fehlbetrag – ergibt sich aus dem Saldo des gewöhnlichen Geschäftsergebnisses und dem außerordentlichen Ergebnis nach Berücksichtigung von Steuern.

2. Überblick über die Beteiligungen des Landkreises Greiz

2.1 Rechtsformen

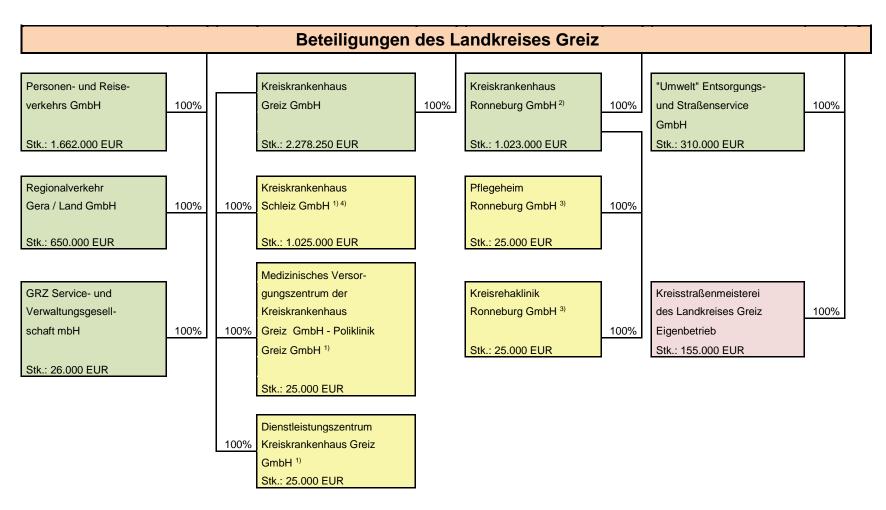
Die hoheitlichen bzw. wirtschaftlichen Aufgaben des Landkreises Greiz werden in folgenden Rechtsformen durchgeführt:

- 1. juristische Person des Privatrechts (GmbH)
- 2. Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Eigenbetrieb)

Die GmbH ist immer organisatorisch, wirtschaftlich und rechtlich selbständig. Die Haftung beschränkt sich gemäß § 13 (2) GmbHG auf das Vermögen der Gesellschaft (entspricht § 73 (1) Nr. 3 ThürKO). Ihre Organe sind der oder die Geschäftsführer, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung. Die Aufgaben und Kompetenzen der Organe sind im HGB, GmbHG, AktG und den Gesellschaftsverträgen geregelt. Die GmbH wird durch den oder die Geschäftsführer gerichtlich und außergerichtlich vertreten (§ 35 GmbHG).

Der Eigenbetrieb ist organisatorisch selbständig. Die zuständigen Organe sind die Werkleitung, der Werkausschuss, der Kreistag und der Landrat. Die Zuständigkeit der einzelnen Organe bestimmt sich hauptsächlich nach der Thüringer Eigenbetriebsverordnung (ThürEBV) und der Betriebssatzung.

2.2 Beteiligungsübersicht im Geschäftsjahr 2021



- 1) Tochtergesellschaft der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH
- 2) Die exakte Bezeichnung lautet: Kreiskrankenhaus Ronneburg-Fachklinik für Geriatrie GmbH
- 3) Tochtergesellschaft der Kreiskrankenhaus Ronneburg Fachklinik für Geriatrie GmbH
- 4) Das Unternehmen wurde zum 30.6.2021 an die Sternbach-Kliniken GmbH veräußert

Stk. = Stammkapital

% - Angabe = Beteiligung am Stammkapital

2.3 Grundlegende Daten 2021

	Bezeichnung	Gründung/Beurkundung	Handelsregister B Amtsgericht Jena	Stammkapital EUR	Geschäftsführer
1.	Kreiskrankenhaus Greiz GmbH	09.06.1993	205474	2.278.250	Herr Ralf Delker
2.	Kreiskrankenhaus Schleiz GmbH, 100 %ige Tochter der KKH Greiz GmbH	veräußert zu	m 30.06.2021 an die Ste	rnbach- Kliniken (U	R- Nr.: 369/2021 Notariat Orth)
3.	MVZ Greiz, 100 %ige Tochter der KKH Greiz GmbH ¹	08.05.2007	501557	25.000	Herr Ralf Delker
4.	Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz GmbH, 100 %ige Tochter der KKH Greiz GmbH	20.03.2020 5	512748	25.000	Herr Ralf Delker
5.	Kreiskrankenhaus Ronneburg – Fachklinik für Geriatrie GmbH	01.01.1997 ²	206981	1.023.000	Herr Clemens Schmitz
6.	Pflegeheim Ronneburg GmbH, 100 %ige Tochter der KKH Ronneburg GmbH	12.01.2000	208234	25.000	Herr Clemens Schmitz
7.	Kreisrehaklinik Ronnebrug GmbH 100 %ige Tochter der KKH Ronneburg GmbH	17.10.2019	516643	25.000	Herr Clemens Schmitz
8.	Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz (PRG)	23.01.1991	201511	1.662.000	Herr Dr. Stefan Meißner
9.	Regionalverkehr Gera / Land GmbH (RVG)	23.11.1992	202722	650.000	Herr Dr. Stefan Meißner
11.	GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft mbH	28.01.2003	209759	26.000	Herr Dr. Stefan Meißner
9.	"Umwelt" Entsorgungs- und Straßenservice GmbH	03.07.1990	200743	310.000	Herr Jochen Eidner
10.	Kreisstraßenmeisterei (Eigenbetrieb)			155.000	Werkleiter Herr Torsten Bernstein

Genaue Bezeichnung – Medizinisches Versorgungszentrum der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH – Poliklinik Greiz GmbH
 Tag der Gründung
 Gründung rückwirkend zum 01.01.2020; hervorgegangen aus der Daseinsvorsorge Greiz GmbH

Kennzahlen Unternehmen	PRG	RVG	GRZ Service	DLZ	KKH Greiz	MVZ Greiz	KKH Ronne- burg	Pflege- heim Ronne- burg	Umwelt GmbH	Eigen- betrieb Kreis- straßen- meisterei
G & V - Daten	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Umsatz	5.799	5.758	648	1.527	49.919	3.224	11.785	3.092	6.057	2.207
Personalaufwand	4.231	3.266	580	1.227	29.085	2.679	8.035	1.912	2.653	1.018
Materialaufwand	1.268	1.518	0	0	12.691	517	2.451	760	648	426
<u>Bilanz</u>										
Anlagevermögen	2.476	2.532	25	0	36.904	940	17.145	1.793	2.856	1.563
bilanziertes Eigenkapital	1.206	492	116	127	14.689	0	18.858	2.146	3.567	1.969
Verbindlichkeiten	2.692	3.331	103	130	6.091	2.156	879	109	988	78
Bilanzsumme	4.679	4.050	248	329	54.513	2.398	23.783	3.574	4.729	2.256
<u>Sonstige</u>										
Bilanzielle EK-Quote (%) (EK ohne Sonderposten)	26	12	47	39	27	0	79	60	75	87
Beschäftigte (Durchschnitt)	93	71	13	55	463	53	140	50	66	20

2.4 Wesentliche Veränderungen im Geschäftsjahr 2021

Kreiskrankenhaus Schleiz GmbH

Mit Beschluss des Kreistages vom 25.05.2021 (Beschluss-Nr. 174/2021) wurde die Kreiskrankenhaus Schleiz GmbH durch Annahme des vorgelegten verbindlichen Kaufangebotes der Sternbach-Kliniken GmbH, UR-Nr. 369/2021 des Notars Orth aus Greiz veräußert.

Für die Kreiskrankenhaus Schleiz GmbH werden daher keine Erläuterungen vorgenommen.

Kreiskrankenhaus Greiz GmbH

Ein Teil der Mittel aus dem Verkaufserlös der Tochtergesellschaft Kreiskrankenhaus Schleiz GmbH wurde bei der Muttergesellschaft zur Stammkapitalerhöhung verwendet. Den entsprechenden Beschluss fasst der Kreistag am 25.05.2021 mit Beschluss-Nr. 175/2021. Das Stammkapital wurde durch Zuführung aus Gesellschaftsmitteln um 1.000.000,00 Euro auf 2.278.250,00 Euro erhöht. Die Einlage wurde in bar und alleinig durch den Gesellschafter Landkreis Greiz erbracht.

3. Ausführungen zu den einzelnen Unternehmen

3.1 Krankenhäuser des Landkreises Greiz

3.1.1 Kreiskrankenhaus Greiz GmbH (KKH Greiz GmbH)

Sitz und Anschrift des Unternehmens

Kreiskrankenhaus Greiz GmbH Telefon: 03661-462110 Wichmannstraße 12 Telefax: 03661-462112

07973 Greiz E-Mail: info@hospital-greiz.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde am 09. Juni 1993 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 205474) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag vom 28. Juli 2021 (mit notarieller Urkundenrolle Nr. 771/2021 des Notariats Peter Orth).

Zeichen der Genehmigung: 204.4 – 1515 – 01/94 - GRZ

Organe der Gesellschaft

Krankenhausleitung (Stand 31.12.2021):

Ralf Delker Geschäftsführer
Dr. med. Peter Gottschalk Leitender Chefarzt
Maria Machansky Pflegedienstleiterin

Die Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführer werden unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2021):

Vorsitzende Frau Martina Schweinsburg Landrat

stellv. Vorsitzender Herr Dr. Andreas Hemmann Kreistagsmitglied weitere Mitglieder Herr Heinz Klügel Kreistagsmitglied

Herr Christian Tischner
Herr Dr. Robby Schlund
Herr Dr. Ulli Schäfer
Herr Udo Brandt
Herr Werner Preißler
Frau Katrin Goller

Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Arbeitnehmervertreter
Arbeitnehmervertreter

Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2021 Bezüge in Höhe von 3 T€ erhalten (Vj. 2 T€).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist der Landkreis Greiz. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2021 beträgt 2.278.250,00 Euro (Stammkapitalerhöhung vollzogen zum 13.10.2021). Der Landkreis als Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung vom Landrat vertreten. Der Landrat handelt im Auftrag des Kreistages.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen:

Medizinisches Versorgungszentrum der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH -

Poliklinik Greiz GmbH

Prozentualer Anteil: 100 %

Übernommene Stammeinlage: 25.000,00 Euro

Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz GmbH Prozentualer Anteil: 100 %

Übernommene Stammeinlage: 25.000,00 Euro

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist die Sicherstellung der bedarfsgerechten Krankenhausversorgung der Bevölkerung im Rahmen der Gesetze und rechtlichen Bestimmungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, die mit dem genannten Gesellschaftszweck im wirtschaftlichen und organisatorischen Zusammenhang stehen und diesen fördern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die der Erzielung des Hauptzweckes der Gesellschaft dienen.

Die Gesellschaft darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art gründen, übernehmen oder sich an solchen Unternehmen beteiligen, wenn ein wirtschaftlicher und organisatorischer Zusammenhang zur Erzielung des Gesellschaftszweckes besteht oder herbeigeführt werden soll. Insbesondere gilt das für Betreiber- und Servicegesellschaften oder anders bezeichnete Gesellschaften, die Hilfs- und Nebenprozesse des Krankenhauses betreiben bzw. Serviceleistungen erbringen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Kreiskrankenhaus Greiz GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem geltenden Thüringer Krankenhausplan. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem voraussichtlichen Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Das Krankenhaus wird als juristisch selbständige Person in GmbH - Form geführt. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Die Gesellschaft übernimmt Aufgaben mit regionalem und überregionalem Versorgungscharakter. Ziel des Krankenhauses ist die Sicherstellung der gemäß dem Thüringer Krankenhausplan gestellten Aufgaben unter Einhaltung wirtschaftlicher Gesichtspunkte zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung im Einzugsgebiet. Die KKH Greiz GmbH ist innerhalb der Krankenhausplanung des Landes Thüringen eingeordnet und entspricht It. Feststellungsbescheid einem Krankenhaus mit (regional) intermediärem Versorgungscharakter.

Insgesamt werden 9 bettenführende Hauptabteilungen vorgehalten. Im Rahmen der gesetzlichen Krankenhausplanung ist die Kreiskrankenhaus Greiz GmbH mit folgenden Fachabteilungen berücksichtigt:

- . Klinik für Innere Medizin 1
- . Klinik für Innere Medizin 2
- . Klinik für Allgemeine, Gefäß- und Viszerale Chirurgie
- . Klinik für Orthopädie und Unfallchirurgie/Wirbelsäulenchirurgie
- . Urologische Klinik
- . Hals-Nasen-Ohren Klinik (Belegabteilung)
- . Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe
- . Klinik für Kinder- und Jugendmedizin
- . Klinik für Anästhesie und Intensivtherapie
- . Corona-Isolationsbereich (nicht im Thür. Krankenhausplan aufgeführt)

Mit einer Gesamtkapazität von durchschnittlich 256 aufgestellten Betten für die stationäre Versorgung, das ambulante Operieren und weitere ambulante Behandlungsmöglichkeiten erfolgten auf Basis eines soliden und breiten Behandlungsspektrums die Sicherstellung und Gewährleistung der medizinischen Versorgung im Landkreis Greiz.

Die KKH Greiz GmbH ist Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband Thüringen und Akademisches Lehrkrankenhaus des Universitätsklinikums Jena.

Das Krankenhaus ist entsprechend den gesetzlichen Vorschriften von der Körperschaft-, Vermögen-, Gewerbe- und Grundsteuer befreit.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft befindet sich in einem starken Veränderungsprozess. Aufgrund hoher Defizite bis 2019 ist und war eine Sanierung der Gesellschaft unabdingbar. Ziel ist, die Wirtschaftlichkeit der Klinik nachhaltig wiederherzustellen und dabei jedoch dem sozialverträglichen Anspruch eines kommunalen Hauses gerecht zu werden. Das Restrukturierungsgutachten in Anlehnung an IDW S6 vom 24.04.2020 ist weitgehend umgesetzt. Am 11.03.2020 wurde der Ausbruch der COVID-19 Infektionen zu einer Pandemie erklärt. Die Pandemie wird das Krankenhaus wirtschaftlich nachhaltig verändern und stellt somit eine weitere Herausforderung dar, die es zu bewältigen gilt. Die betriebswirtschaftlichen Folgen sind noch nicht vollumfänglich abschätzbar.

Um Erlösausfälle und Liquiditätsengpässe der Krankenhäuser zu vermeiden, wurde durch die Bundesregierung mit dem COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz eine gesetzliche Grundlage geschaffen. Aufgrund der weiter anhaltenden Corona-Pandemie wurden die beschlossenen gesetzlichen Regulatoren zur Refinanzierung der Erlösausfälle der Krankenhäuser im 2022 weiter fortgeführt. Diese tragen zur finanziellen Stabilisierung der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH bei.

Die Fallzahlen sind im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Der Leistungsrückgang ist vor allem durch die COVID-19 Pandemie seit März 2020 und die damit einhergehende veränderte Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen durch die Bevölkerung begründet. Die rückläufigen Erlöse konnten durch die staatlichen Ausgleichszahlungen gemäß dem COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz kompensiert werden.

Die Budgetverhandlung für das Geschäftsjahr 2021 wird aufgrund der neuen unklaren Gesetzeslage erst im Juni 2022 stattfinden.

Im Bereich der Ausbildung konnte aufgrund der ausbleibenden Budgetverhandlungen in 2021 noch kein Budget verhandelt werden. Gleiches gilt für das Hygieneförderungsprogramm.

Die DRG-Erlöse sind trotz des gestiegenen Landesbasisfallwertes (+ 75,57 €) und eines höheren Schweregrades im Vergleich zum Vorjahr (von 0,845 CMI auf 0,861 CMI) um 2.703 T€ zurückgegangen auf 39.755 €.

Aus den Ergebnissen der Tarifverhandlungen ergaben sich nicht unerhebliche Belastungen für das Unternehmen. Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich die Anzahl der durchschnittlichen Vollkräfte um 53. Daraus resultieren die um 8,8 % gesunkenen Personalkosten. Die Personalaufwandsquote beträgt 58,4 % (Vorjahr 56,7 %). Die Kosten im Bereich des medizinischen Bedarfs sind um 793 T€ gestiegen. Dies resultiert überwiegend aus gestiegenen Kosten für Narkose-, OP- und Laborbedarf.

Der Arbeitsmarkt für Ärzte signalisiert keine absehbare Entspannung. Weiterhin besteht das Risiko, Honorarärzte beschäftigen zu müssen. Der Nachbesetzung freiwerdender ärztlicher Stellen wird weiterhin besondere Bedeutung beigemessen. Dennoch ist die Situation im ärztlichen Bereich langfristig als risikobehaftet und kritisch zu beurteilen.

Die Vermögenslage:

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2021 = 54.513 T€. Die Minderung im Vergleich zum Vorjahr um 220 T€ betrifft v.a. die Ausgleichszahlungen hinsichtlich der COVID-19-Pandemie. Den im Geschäftsjahr 2021 getätigten Investitionen von 2.731 T€, überwiegend in Sachanlagen, stehen Abschreibungen von 3.135 T€ gegenüber. Investitionen werden zum größten Teil unter Einsatz von Fördermitteln gemäß Krankenhausfinanzierungsgesetz und Eigenmitteln finanziert.

Das Umlaufvermögen von 14.229 T€ liegt mit 1.120 T€ über dem Vorjahresniveau. Es ist insbesondere durch die Position Forderungen nach Krankenhausfinanzierungsgesetz geprägt, welche aufgrund noch ausstehender Zahlungseingänge der COVID-19-Bettenfreihaltepauschale gegenüber dem Vorjahr erhöht ist.

Das Eigenkapital hat sich um den Jahresüberschuss erhöht und beträgt zum 31.12.2021 = 14.689 T€. Die Eigenkapitalquote liegt unter Einbeziehung der Sonderposten bei 82,2 %, ohne diese Einrechnung bei 26,9 %.

Die Finanzlage:

Zum Bilanzstichtag 31.12.2021 beträgt die Liquidität aus Kassen- und Bankguthaben 4.227 T€ (Vj. 6.347 T€). Darin sind zweckgebundene Mittel aus der Pauschalförderung in Höhe von 1.043 T€ enthalten sowie Drittmittel in Höhe von 8 T€.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 5.000 T€ der Kreditverbindlichkeiten zurückgeführt. Aufgrund der sehr guten Liquidität, insbesondere durch die Zahlung der COVID-19-Bettenfreihaltepauschale, des verkürzten Zahlungsziels der Krankenkassen von 14 auf 5 Tage sowie der ersten erfolgreichen Sanierungsmaßnahmen, konnten im Geschäftsjahr 2021 die Verbindlichkeiten für Lieferungen und Leistungen unter Abzug von Skonto gezahlt werden.

Die Ertragslage:

Die DRG-Erlöse haben sich trotz des gestiegenen Landesbasisfallwertes sowie durch die gestiegene Fallschwere gegenüber dem Vorjahr um 2.703 T€ auf 39.755 T€ reduziert. Die zurückgegangenen Krankenhauserlöse stehen im Zusammenhang mit der seit März 2020 herrschenden Pandemie.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 687 T€ über dem Vorjahresniveau.

Eine Übersicht zur Entwicklung der Fallzahlen ist aufgrund der Corona-Pandemie nicht möglich, da eine Vergleichbarkeit zu Vorjahren nicht gegeben ist.

Zur Bewertung der Ertragslage für das Berichtsjahr werden die Personalaufwandsquote, die Materialaufwandsquote sowie die Umsatzrentabilität in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

	Kennziffern					
Jahr	Personalaufwandsquote %	Materialaufwandsquote %	Umsatzrentabilität %			
2019	67,1	26,6	- 4,9			
2020	56,7	19,3	13,5			
2021	58,4	25,5	10,7			

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 2.814 T€ auf 29.085 T€ gesunken. Es wurden durch entsprechende Umstrukturierungsmaßnahmen im Zuge der Sanierung, durch Fluktuation und Stellenvakanz die Personalaufwendungen im Laufe des Berichtsjahres gegenüber dem Vorjahr deutlich reduziert. Bei den bezogenen Leistungen ist ein Zuwachs in Höhe von 938 T€ zu verzeichnen. Es mussten aufgrund von Stellenvakanz Honorarärzte im Bereich der Radiologie eingesetzt werden. Die Laborkosten waren ebenfalls aufgrund der Corona-Pandemie deutlich erhöht.

Der Materialaufwand stieg um 1.849 T€ auf 12.691 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 5.338 T€ und haben sich gegenüber dem Vorjahr um 46 T€ verringert. Die verringerten Beratungskosten (- 139 T€) resultieren aus den beendeten Beratungsleistungen im Zuge der Sanierung und Optimierung der Gesellschaft zum 30.06.2021.

Das Geschäftsjahr wurde mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 4.947 T€ abgeschlossen.

Qualitätsmanagement

Im Krankenhaus ist ein Qualitätsmanagementsystem etabliert, dass die Anforderungen des SBG V an ein einrichtungsinternes Qualitätsmanagement, formuliert in der QM-Richtlinie des gemeinsamen Bundesausschusses, voll erfüllt. Die Zertifizierung nach Joint Commission International lief im November 2019 aus. Nach wie vor bilden die im Rahmen der Zertifizierungsprozesse in den Jahren 2001 bis 2019 etablierten Standards und Patientensicherheitsziele wichtige Grundlage interdisziplinären, eine der berufsgruppenübergreifenden und qualitätsgerechten Patientenversorgung. Der im Vorjahr geplante Umstieg auf die Zertifizierung des QM-Systems nach DIN ISO 9001:2015/DEN EN 15224 wurde im Rahmen des Sanierungsprozesses ausgesetzt. Unabhängig davon wurden weitere Prozesse geprüft, standardisiert und messbar beschrieben, um die neu geschaffenen Strukturen im Haus in das Regelwerk aufzunehmen und bei hoher Qualität Ressourcen effizient einzusetzen. Im Krankenhaus liegen folgende Zertifikate vor:

- Zertifikat für das Zentrum für Kinder- und Jugendmedizin "Ausgezeichnet für Kinder"
- Bronze Zertifikat "Aktion Saubere Hände"
- Qualitätszertifikat MRE-Netzwerke in Thüringen
- Teilnahme am Krankenhaus-Infektions-Surveillance-System (KISS)

Mit der Einführung und Etablierung eines Meldesystems für kritische Ereignisse (CIRS) im Rahmen des Qualitäts- und Risikomanagements leistet das Krankenhaus einen aktiven Beitrag zur Erhöhung der Patienten- und Mitarbeitersicherheit sowie -zufriedenheit und eine strategische Qualitätssicherung aller Abläufe im Krankenhaus. Im jährlich zu erstellenden Qualitätsbericht werden die Vorgaben zum Stand der Umsetzung und Weiterentwicklung des einrichtungsinternen Qualitätsmanagements dokumentiert.

Investitionen

Das KKH Greiz tätigte im Jahr 2021 Investitionen in Höhe von 2.731 T€ (Vj. 762 T€). Mit Bescheid vom 02.12.2021 erhielt die KKH Greiz GmbH Pauschalfördermittel in Höhe von 714 T€. Außerdem wurde ein im Jahr 2021 gestellter Antrag auf zusätzliche pauschale Fördermittel im Dezember 2021 in Höhe von 907 T€ beschieden. Von den zur Verfügung stehenden Pauschalfördermitteln und sonstigen Zuschüssen wurden 2021 Investitionen in Höhe von 1.319 T€ vorgenommen. Die Höhe der eingebrachten Eigenmittel für nicht durch Pauschalfördermittel abgedeckte Investitionen beliefen sich im Geschäftsjahr auf 1.411 T€. Die Investitionsschwerpunkte lagen dabei auf medizinischer Einrichtung und Ausstattung sowie technischen Anlagen. Investiert wurde u.a. in:

- Endoskopieturm
- Steuergeräte für Cholangioskopie
- Dampfsterilisator
- Hardware

Zum Ende des Berichtsjahres wurden Bestellungen für Ersatzinvestitionen für Steri-Waschmaschinen sowie Anlagen im Rahmen des KHZG ausgelöst. Der Abschluss der Anschaffungen mit Inbetriebnahme ist im Laufe des Jahres 2022 vorgesehen. Die Aufwendung für Instandhaltung und Reparaturen betrugen im Jahr 2021 insgesamt 1.898 T€.

<u>Chancen – Risiken - Ausblick:</u>

Viele geplante und umgesetzte Sanierungsmaßnahmen gemäß dem Restrukturierungsgutachten in Anlehnung an IDW S6 vom 24.04.2020 wurden umgesetzt und am 30. Juni 2021 die Sanierung mit der vollständigen Rückzahlung der Betriebsmittelkreditlinie beendet.

Da das Jahr 2021 maßgeblich von der COVID-19-Pandemie geprägt war und ist, können die damit zusammenhängenden finanziellen Auswirkungen nicht oder nur sehr begrenzt herangezogen werden, um die Stabilität des regulären Krankenhausbetriebes ohne COVID-19 zu beurteilen. Die Leistungsentwicklung ist gegenüber 2019 stark gefallen. Grund hierfür ist im Wesentlichen die seit März 2020 herrschende Pandemie. Die Betten wurden für Corona-Patienten freigehalten und die elektiven Fälle stark zurückgefahren. Derzeit lässt sich das Ausmaß der Pandemie kaum abschätzen, da noch sehr große Unsicherheiten über den weiteren Verlauf bestehen.

Die aktuelle Liquidität entwickelt sich laut der Planung leicht positiv. Liquiditätsrisiken sind aufgrund der vorausschauenden Liquiditätsplanung derzeit nicht vorhanden. Die Zahlungsfähigkeit kann aufrechterhalten werden. Zur Verfügung stehende Kreditlinien, auch durch Gewinnung eines neuen Bankpartners, sichern ebenfalls die Liquidität der Gesellschaft.

Durch die stetig älter und multimorbider werdende Bevölkerung, insbesondere durch die Altersstruktur im Landkreis Greiz, ist mit zunehmend steigenden Patientenzahlen zu rechnen. Hier hat das Krankenhaus bereits ein gut differenziertes Spektrum für die Altersmedizin etabliert.

Die bestandsgefährdende wirtschaftliche Lage der Tochtergesellschaft MVZ wirkt sich mittelfristig auch auf die Lage der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH aus. Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des MVZ wurde im Jahr 2021 mit der Trennung von defizitären Praxen begonnen. Dies wird im Jahr 2022 fortgeführt mit dem Ziel, das negative Ergebnis des MVZ deutlich zu minimieren. Mit diesen Maßnahmen sollen sich die Standorte des MVZ künftig auf zwei Betriebsstätten konzentrieren.

Am 29. Oktober 2020 wurde das Krankenhauszukunftsgesetz in Kraft gesetzt. Der Bund stellt ab dem 01. Januar 2021 rund 3 Milliarden Euro für die Digitalisierung von Krankenhäusern zur Verführung. Gefördert wird die digitale Infrastruktur, z.B Patientenportale, elektronische Dokumentation von Pflege und Behandlungsleistungen sowie Maßnahmen zur IT-Sicherheit. Die Anträge zu diesen Fördermitteln wurden fristgerecht abgegeben.

Die Gründung des Dienstleistungszentrums der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH zum 01.01.2020 und die damit verbundene Ausgliederung tertiärer Bereiche, beispielsweise der Unterhaltsreinigung, stellt für die Gesellschaft eine Effizienzsteigerung dar. Der externe Dienstleister ist für die organisatorischen sowie buchhalterischen Aufgaben in Abstimmung mit der Geschäftsführung zuständig.

Das Department für Wirbelsäulenchirurgie in der Klinik für Orthopädie und Unfallchirurgie wird weiter etabliert, sodass das angebotene Leistungsspektrum vollumfänglich mit einer entsprechenden Leistungssteigerung zum Tragen kommt. Mit der Neubestellung eines

Schmerztherapeuten und Einführung einer ambulanten Schmerzsprechstunde ab dem Jahr 2022 sollen Patienten mit chronischen Schmerzen versorgt werden.

Die Risikopotenziale durch COVID-19 wurden schon mehrfach angesprochen. Neben diesen Auswirkungen bestehen sekundäre Risiken durch die veränderte Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen durch die Bevölkerung. Wie sich die Personalanforderungen durch den nach COVID-19 besonders im ärztlichen und pflegerischen Bereich leistungsbezogen entwickeln, ist schwer vorhersehbar.

Wesentliche Einflüsse erfolgen durch die Gesetzgebung im Gesundheitswesen. Stetig neu festgelegte Qualitätsanforderungen sind durch die Krankenhäuser im Wettbewerb zu erfüllen. Es muss gelingen, bestes medizinisches Fachpersonal unter Einhaltung der Wirtschaftlichkeit im Krankenhaus zu halten und zu gewinnen. Der Ärztemangel und der Mangel an Pflegepersonal sowie die damit verbundenen steigenden Personalkosten aller Berufsgruppen stellen ein großes Risiko dar.

Aus den Tarifverhandlungen TV-Ärzte und TVöD-VKA der Vorjahre ergaben sich Personalkostensteigerungen. Diese Kostensteigerungen sind seit Jahren nicht mehr aus den Erlösen des DRG-Systems vollumfänglich gedeckt und stellen zunehmend ein wirtschaftliches Risiko für die Gesellschaft dar. Da mit einer dauerhaften Entspannung auf dem Arbeitsmarkt des ärztlichen Bereichs nicht zu rechnen ist, besteht weiterhin das Risiko, Gastärzte beschäftigen zu müssen, was ebenfalls nachteilige Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation zur Folge haben kann. Verschärft wurde dies durch das Inkrafttreten der Thüringer Verordnung über Qualitäts- und Strukturanforderungen.

Im Bereich der Investitionstätigkeit zeigt sich das voranschreitende Erfordernis zur Ausstattung mit moderner, kostenträchtiger Medizin- und IT-Technik, das ständige Erfordernis zu Ersatzinvestitionen für Gebäude und Ausstattung durch Verschleiß bei gleichzeitig sinkender Finanzausstattung mit Fördermitteln des Landes.

Aus diesem Risiko der Finanzlücke ergibt sich der Zwang, Reserven aus dem laufenden operativen Ergebnis zu rekrutieren und die Investitionen aus Eigenmitteln tätigen zu können.

Derzeit lässt sich das Ausmaß der Pandemie für ein Unternehmen kaum schätzen, da noch sehr große Unsicherheiten über den weiteren Verlauf bestehen. Die Geschäftsleitung erwartet durch die Corona Förderung für des I Quartal 2022 einen Überschuss. Es wird aber davon ausgegangen, dass ohne die Förderungen im II. bis IV. Quartal 2022 weiterhin coronabedingte Minderleistungen zu Quartalsverlusten führen werden.

Die Umsetzung einiger strategischer Ziele, wie z.B. die Erschließung des Leistungssegmentes Altersmedizin, erfolgen durch enge Kooperationen mit anderen Häusern aus dem Landkreis Greiz. Hierzu gibt es Konzepte, die derzeit hinsichtlich ihrer Umsetzung in den Gremien geprüft werden. Gemäß der 3- Jahresplanung wird davon ausgegangen, dass bei enger Kooperation mit Trägergesellschaften bis zum Jahr 2024 ein ausgeglichenes Jahresergebnis erzielt werden kann.

Ziel ist es, das KKH Greiz weiter als kompetenten Dienstleister unter Berücksichtigung aktueller gesetzlicher Gegebenheiten und Anforderungen auf dem von Konkurrenz gezeichneten Gesundheitsmarkt der Region zu etablieren und eine starke und nachhaltige Marktposition für das Unternehmen zu sichern.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2021-31.12.2021 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Meier und Kossen GmbH, Wildeshausen, geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Einwendungen.

Ausgewählte Kennziffern der KKH Greiz GmbH 1:

Bilanz	2019 T€	2020 T€	2021 T€	Veränderung zum Vorjahr
Anlagevermögen	39.822	38.335	36.904	-1.431
Umlaufvermögen	7.914	13.109	14.229	1.120
Eigenkapital	2.138	9.742	14.689	4.947
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	33.390	31.450	30.134	- 1.316
Verbindlichkeiten	11.589	10.654	6.091	- 4.563
Bilanzsumme	50.896	54.734	54.513	-221
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse ²	50.565	55.701	49.919	-5.782
sonstige betriebliche Erträge	1.395	1.411	2.827	1.416
Personalaufwand	33.742	31.899	29.085	- 2.814
Materialaufwand	13.380	10.844	12.691	1.847
Abschreibungen	3.253	3.045	3.135	90
sonstiger betrieblicher Aufwand	6.574	5.384	5.338	- 46
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	89	237	81	-156
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	- 2.421	7.604	4.947	-2.657
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%) ³	70	75	82	7
Beschäftigte Ø	615	548	463	- 85
Fallzahlen (Absolut)	13.603	10.046	9.070	- 976
Umsatz je Beschäftigten (T€)	82	102	108	6
Personalaufwand je Fall (T€)	2,5	3,0	3,2	0,2
Materialaufwand je Fall (T€)	1,0	1,0	1,4	0,4

¹ Rundungsdifferenzen möglich

² Erlöse aus Krankenhausleistung, aus Wahlleistung, aus ambulanten Leistungen und Nutzungsentgelte der Ärzte Veränderung aufgrund Anwendung nach § 277 HGB (BilRUG)

³ Eigenkapital / Gesamtkapital, wobei der Sonderposten aus Zuwendungen in das Eigenkapital mit eingerechnet wurde

3.1.1.2 Medizinisches Versorgungszentrum der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH – Poliklinik Greiz GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

Medizinisches Versorgungszentrum der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH –

Poliklinik Greiz GmbH Telefon: 03661-462110 Wichmannstraße 12 Telefax: 03661-462112

07973 Greiz E-Mail: <u>info@hospital-greiz.de</u>

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde am 08. Mai 2007 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 501557) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag vom 01. November 2016 (mit notarieller Urkundenrolle Nr. 722/2016 des Notariats Peter Orth).

Zeichen der Genehmigung: 240 – 1515.01 – 001/06 - GRZ

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand 31.12.2021):

Ralf Delker Geschäftsführer Claudia Krüger Ärztliche Leiterin

Die Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführer werden unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2021):

Vorsitzende Frau Martina Schweinsburg Landrat

stellv. Vorsitzender Herr Dr. Andreas Hemmann Kreistagsmitglied weitere Mitglieder Herr Heinz Klügel Kreistagsmitglied

Herr Dr. Robby Schlund Kreistagsmitglied
Herr Christian Tischner Kreistagsmitglied
Herr Dr. Ulli Schäfer Kreistagsmitglied

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2021 keine Bezüge erhalten (Vj. keine Bezüge).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist die Kreiskrankenhaus Greiz GmbH. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2021 beträgt 25.000,00 Euro. Die Gesellschaft wird als 100%-iges Tochterunternehmen in den Konzernabschluss der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH einbezogen.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb medizinischer Versorgungszentren im Sinne des SGB V zur Erbringung aller hiernach zulässigen ärztlichen und nichtärztlichen Leistungen und aller hiermit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten sowie die Bildung von Kooperationen mit ambulanten und stationären Leistungserbringern der Krankenhausbehandlung und der Vorsorge und Rehabilitation und nicht ärztlichen Leistungserbringern im Bereich des Gesundheitswesens einschließlich des Angebots und der Durchführung neuer ärztlicher Versorgungsformen, wie die integrierte Versorgung.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, die mit dem genannten Gesellschaftszweck im wirtschaftlichen und organisatorischen Zusammenhang stehen und diesen fördern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die der Erzielung des Hauptzweckes der Gesellschaft dienen. Die Gesellschaft darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art gründen, übernehmen oder sich an solchen Unternehmen beteiligen, wenn ein wirtschaftlicher und organisatorischer Zusammenhang zur Erzielung des Gesellschaftszweckes besteht oder herbeigeführt werden soll. Insbesondere gilt das für Betreiber- und Servicegesellschaften oder anders bezeichnete Gesellschaften, die Hilfs- und Nebenprozesse des Krankenhauses betreiben bzw. Serviceleistungen erbringen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Das Medizinische Versorgungszentrum der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH – Poliklinik Greiz GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem Gesellschaftsvertrag. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Das Medizinische Versorgungszentrum der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH – Poliklinik Greiz GmbH (im folgenden MVZ Greiz) wurde gegründet, um gemeinsam mit interessierten niedergelassenen Ärzten der Region und interessierten Krankenhausärzten die Möglichkeiten von fachärztlichen Untersuchungen und Behandlungen durch Bereitstellung personeller und materieller Ressourcen zu erleichtern. Wartezeiten und Wege für die Patienten sollen sich verkürzen. Mit dieser Gesellschaft soll vor allem die ambulante Versorgung im Landkreis in der Zukunft unterstützt und verbessert werden. Wichtige Aspekte sind des Weiteren positive Auswirkungen auf die Auslastung des Krankenhauses am Standort Greiz sowie die optimale Nutzung der vorhandenen Ressourcen und Technik.

Das MVZ Greiz wird als juristisch selbständige Person in GmbH - Form geführt. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Das MVZ Greiz umfasst per 31.12.2021 die folgenden Fachbereiche:

- Chirurgie
- Neurologie
- Kardiologie
- Allgemeinmedizin
- Gynäkologie
- Urologie
- Radiologie
- Psychiatrie
- Internistik
- Physiotherapie

Das MVZ war im Geschäftsjahr 2021 in zwei MVZ-Zentren gegliedert. Insgesamt werden 13,5 Arztstellen an den Standorten Greiz und Schleiz vorgehalten.

2021 konnten nicht alle Stellen mit Ärzten in der Nachfolge besetzt werden. Vakant blieben zum Ende des Berichtsjahres ein 0,25 Chirurgie-Sitz in Greiz und ein 1,0 Gynäkologie-Sitz in Greiz. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich aufgrund von nicht nachbesetzten Sitzen ein Leistungsrückgang in Höhe von 4.042 Fällen.

Jahr	Fallzahlen
2017	57.599
2018	56.378
2019	54.590
2020	43.995
2021	39.953

Die Vermögenslage:

Die bereinigte Bilanzsumme beträgt 1.582 T€ zum 31.12.2021 und ist im Vergleich zum Vorjahr um 159 T€ gestiegen. Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 743 T€ auf 2.398 T€ gestiegen.

Ein Grund dafür ist der Anstieg des Umlaufvermögens um 263 T€ auf 642 T€. Dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen aus höheren Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Den planmäßigen Abschreibungen in Höhe von 174 T€ standen Investitionen in Höhe von 112 T€ gegenüber. Die Investitionen erfolgten mit Eigenmitteln und betrafen hauptsächlich Mittel für Einrichtung und Ausstattung sowie für Software.

Die Gesellschaft ist bilanziell überschuldet. Es wird ein "Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag" in Höhe von 816 T€ (Vj. 232 T€) ausgewiesen.

Die Finanzlage:

Die Liquidität ist weiterhin geprägt durch die monatlichen Abschlagszahlungen der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen in Höhe von 140 T€ sowie die mit zeitlichem Versatz erfolgten Restzahlungen. Der Bestand an liquiden Mitteln ist stichtagsbezogen von 69 T€ auf 103 T€ gestiegen. Von der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH und der Kreiskrankenhaus Schleiz GmbH wurden in den Geschäftsjahren 2017 bis 2020 bedingt rückzahlbare Forderungsverzichte über insgesamt 2.788 T€ ausgereicht. Rückzahlungsverpflichtungen ergeben sich, soweit die Jahresabschlüsse des MVZ ab 2022 ein höheres Eigenkapital als das gezeichnete Kapital ausweisen.

Die Muttergesellschaft hat die Rückzahlung der zum Bilanzstichtag 31.12.2021 gegenüber der Gesellschafterin bestehenden Verbindlichkeiten in Höhe eines Betrages von 895 T€ bis zum 31.12.2022 gestundet.

Rückzahlbare Gesellschafterdarlehen von 550 T€ wurden im Geschäftsjahr 2021 an das MVZ ausgereicht, damit die Zahlungsfähigkeit aufrechterhalten werden konnte. Das MVZ hat wie im Vorjahr bei Kreditinstituten keine Kredite für Betriebsmittel oder Investitionen aufgenommen. Die Liquidität wird vollständig vom Mutterunternehmen sichergestellt.

Die Ertragslage:

Im Berichtsjahr 2021 wurden im MVZ Greiz 39.953 Patienten behandelt. Das sind 4.042 weniger als im Vorjahr. Die Erlöse aus ambulanten Leistungen in Höhe von 2.365 T€ basieren wie in den Vorjahren auf von der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen vergüteten Leistungen aus monatlichen Abschlagszahlungen bzw. Restzahlungen. Weitere Erlösbestandteile bestehen aus der Beteiligung von Ärzten sowie aus sonstigen Umsatzerlösen.

Die Personalaufwendungen betragen 2.679 T€ und liegen um 135 T€ unter dem Vorjahreswert.

Der Materialaufwand, der sich im Wesentlichen aus Aufwendungen für bezogene Leistungen ergibt, verringerte sich um 86 T€ auf 517 T€. Diese Reduzierung setzt sich aus den nicht in Anspruch genommenen Managementleistungen der Muttergesellschaft zusammen.

Das Geschäftsjahr 2021 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 584 T€ ab (Vj. 436 T€).

Zur besseren Veranschaulichung der Ertragslage sind die letzten 3 Jahre in der Tabelle dargestellt:

	Kennziffern					
Jahr	Personalaufwandsquote	•	Umsatzrentabilität			
	%	%	%			
2019	86,8	33,9	- 22,7			
2020	96,9	20,8	- 15,0			
2021	88,0	17,0	-19,2			

<u>Chancen – Risiken - Ausblick:</u>

Bereits in 2021 wurde mit der Trennung von verlustbringenden Praxen begonnen. Dies wird in 2022 fortgeführt mit dem Ziel, das negative Ergebnis des MVZ deutlich zu minimieren. Mit diesen Maßnahmen sollen sich die Standorte des MVZ auch zukünftig auf zwei Betriebsstätten konzentrieren.

Der zu Beginn des Geschäftsjahres 2022 frei gewordene hausärztliche Sitz soll schnellstmöglich mit einem geeigneten Mediziner nachbesetzt werden. Im II. Quartal 2022 wird der noch freie 0,25-Chirurgie-Sitz in Greiz durch einen Facharzt aus dem Krankenhaus Greiz nachbesetzt. Ebenfalls wurde Anfang 2020 der bisher hälftige urologische Sitz durch Kauf eines weiteren halben urologischen Sitzes zu einem vollen Versorgungsauftrag erweitert. In 2022 wird das Leistungsspektrum des MVZ durch die Integrierung der Therapiekompetenz Ergotherapie hinaus erfolgt Eingliederung erweitert, darüber die der Neurophysiologischen Funktionsdiagnostik in das MVZ. Des Weiteren wird im Jahr 2022 die Organisation (inklusive der der durchgangsärztlichen Sprechstunde sowie neu Schmerzsprechstunde der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH vom MVZ übernommen. Insgesamt sollen diese Maßnahmen zu einer deutlichen Erlössteigerung im MVZ führen.

Für das Geschäftsjahr 2022 plant die Gesellschaft eine Ergebnisverbesserung, sodass bei gegenwärtiger Betrachtung ab 2023 keine weiteren Unterstützungen zur Bestandserhaltung durch die Gesellschafterin erforderlich werden sollten.

Am 17.06.2019 sagte die Gesellschafterin auf der Grundlage des Beschlusses des Kreistages Greiz vom 28.11.2017 dem MVZ ein verzinsliches Darlehen über 1.300 T€ zu. Das Darlehen ist gemäß dem Nachtrag zur Darlehenszusage vom 14.04.2020 auf unbefristete Zeit verlängert. Die Darlehenszusage wurde in Höhe von 1.022 T€ bis zum 31.12.2021 in Anspruch genommen.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die Muttergesellschaft durch liquiditätssichernde und kapitalerhaltende Maßnahmen auch künftig den Bestand der Gesellschaft sichern wird. Sollte das Mutterunternehmen diese Unterstützung einstellen, ist der Fortbestand der Gesellschaft gefährdet.

Risiken werden durch die Gesundheits- und Tarifpolitik bestimmt. Neue Gesetzesbestimmungen und vakante Sachverhalte führen zu einer verminderten Planungssicherheit. Bei nicht genügender Refinanzierung der Leistungen ergeben sich direkte Einflüsse auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Wesentliche Risiken ergeben sich aus einer stagnierenden Leistungsentwicklung und der Knappheit an medizinischem Fachpersonal. Die mittelfristigen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind im Moment noch nicht abschätzbar.

Das Ziel besteht weiterhin darin, das Medizinische Versorgungszentrum der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH – Poliklinik Greiz GmbH - als kompetenten Dienstleister auf dem ambulanten Gesundheitsmarkt der Region und strategisch am Markt zu etablieren.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2021 bis 31.12.2021 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Meier und Kossen GmbH, Wildeshausen, geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu dem Ergebnis, dass keine Gründe zur Beanstandung vorlagen.

Im Bestätigungsvermerk verweist die Meier und Kossen GmbH auf die Ausführungen der gesetzlichen Vertreter in Abschnitt "II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden" des Anhangs und Abschnitt "C3. Risikoberichtes" im Lagebericht, in denen ausgeführt wird, dass sich die Gesellschaft in einer angespannten Ertrags- und Liquidationssituation befindet. Wie dort dargelegt, deuten diese Ereignisse und Gegebenheiten zusammen mit den anderen aufgeführten Sachverhalten auf das Bestehen einer wesentlichen Unsicherheit hin, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann und die ein bestandsgefährdendes Risiko im Sinne des § 322 Abs. 2 Satz 3 HGB darstellt.

Ausgewählte Kennziffern der MVZ Greiz GmbH¹:

Bilanz	2019 T€	2020 T€	2021 T€	Veränderung zum Vorjahr
Anlagevermögen	888	1.045	940	-105
Umlaufvermögen Nicht durch Eigenkapital gedeckter	636	368	640	272
Fehlbetrag	0	232	816	584
Eigenkapital	204	0	0	0
Verbindlichkeiten (ohne Rückstellungen)	1.073	1.485	2.165	680
Bilanzsumme	1.526	1.655	2.398	743
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse²	3.383	2.985	3.224	239
Personalaufwand	2.936	2.814	2.679	-135
Materialaufwand	1.146	603	517	-86
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	- 692	- 436	- 584	-148
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%)	13	0	0	0
Beschäftigte Ø	18	61	53	- 8

 ¹ Rundungsdifferenzen möglich
 ² Erlöse aus Kassenärztlichen Leistungen, Nutzungsentgelte der Ärzte und Umsatzerlöse nach BilRUG

3.1.1.3 Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz GmbH

 Wichmannstraße 12
 Telefon:
 03661-462110

 07973 Greiz
 Telefax:
 03661-462112

E-Mail: info@hospital-greiz.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft ist entstanden durch die Veräußerung der Gesellschaftsanteile der Daseinsvorsorge Greiz GmbH an die Kreiskrankenhaus Greiz GmbH sowie daran anschließend die Änderung des Gesellschaftszweckes und des Gesellschaftsvertrages. Das Unternehmen ist beim Amtsgericht Jena (HRB 512748) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag vom 24. März 2020 (mit notarieller Urkundenrolle Nr. 240/2020 des Notariats Peter Orth). Die Genehmigungsfiktion ist am 20.04.2020 eingetreten.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand 31.12.2021):

Ralf Delker Geschäftsführer

Die Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführer werden unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2021):

Vorsitzende Frau Martina Schweinsburg Landrat

stellv. Vorsitzender Herr Dr. Andreas Hemmann Kreistagsmitglied weitere Mitglieder Herr Heinz Klügel Kreistagsmitglied

Herr Dr. Robby Schlund
Herr Christian Tischner
Herr Dr. Ulli Schäfer

Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2021 keine Bezüge erhalten (Vj. keine Bezüge).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist die Kreiskrankenhaus Greiz GmbH. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2021 beträgt 25.000,00 Euro. Die Gesellschaft wird als 100%-iges Tochterunternehmen in den Konzernabschluss der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH einbezogen.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens sind Dienst- und Beratungsleistungen für die Einrichtungen der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH einschließlich deren Tochtergesellschaften, welche erforderlich sind, um den Versorgungsauftrag des Gesellschafters – die bedarfsgerechte Krankenhausversorgung der Bevölkerung – zu erfüllen, einschließlich aller Leistungen zur Verwaltung, zum Erhalt und zum Betrieb des Anlagevermögens der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH nebst den Tochtergesellschaften. Hierzu zählen zum Beispiel das Facility Management, Catering, technische und hauswirtschaftliche Dienstleistungen sowie Verwaltungsdienstleistungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, die mit dem genannten Gesellschaftszweck im wirtschaftlichen und organisatorischen Zusammenhang stehen und diesen fördern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die der Erzielung des Hauptzweckes der Gesellschaft dienen, darunter die Lieferung von Strom und Gas einschließlich der damit verbundenen Nebenleistungen.

Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem Gesellschaftsvertrag. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Die Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz GmbH (im folgenden DLZ) wurde gegründet, um die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere von Glas- und Gebäudereinigung im Gesundheitswesen, von Hol- und Bringediensten/ Transportdiensten, die Müllentsorgung sowie alle infrastrukturellen Dienstleistungsbereiche für die Unternehmen der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH abzudecken. Das DLZ wird als juristisch selbständige Person in GmbH - Form geführt.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Trotz der herausfordernden Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit der allgemeinen gesamtwirtschaftlichen Situation in Deutschland hat sich die Spezialisierung von modernen infrastrukturellen Versorgungsleistungen im Sozial- und Gesundheitsmarkt, wie Unterhalts- und Gebäudereinigung, Serviceleistungen in der Versorgung der Fachabteilungen und Sonderleistungen im Sozial- und Gesundheitssektor bewährt und bietet der DLZ eine gute betriebswirtschaftliche Perspektive.

Die Personalveränderungen im gewerblichen Unternehmensbereich werden ausschließlich nur flexibel und auftragsabhängig getätigt und entschieden. Damit wird erreicht, dass eine hohe Flexibilität innerhalb der Personalkostenstrukturen aufrechterhalten werden kann sowie der Personalkostenanteil am Umsatz sich im budgetierten Rahmen bewegt und kontrolliert wird. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit von insbesondere den beiden Krankenhäusern in Greiz und Schleiz teilt sie deren Risiken in Bezug auf das gesamtwirtschaftliche Umfeld sowie die entsprechenden Rahmenbedingungen.

So sind aufgrund der Corona-bedingten Leistungsrückgänge in den Krankenhäusern auch die vom DLZ in 2021 abgeforderten Dienstleistungen geringer ausgefallen als geplant. Trotzdem kann das DLZ auf ein positives Jahr 2021 zurückblicken.

Die Vermögenslage:

Die Bilanzsumme liegt bei 329 T€. Im abgelaufenen Geschäftsjahr ist im geringen Umfang in Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert worden. Stille Reserven sind in den aktivierten Vermögensgegenständen nicht vorhanden. Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 38,6 %. Es ist festzustellen, dass die wirtschaftliche Lage zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes als gut zu beurteilen ist.

Die Finanzlage:

Zur Durchführung der laufenden Verträge mit allen Kunden werden überwiegend Ver- und Gebrauchsartikel eingesetzt, die im laufenden Monat jeweils aufgezehrt werden. Alle Geschäftsbeziehungen zu den Stammlieferanten konnten weiter erhalten werden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr ist es der Geschäftsleitung gelungen, das Unternehmen aus Eigenmitteln im laufenden Geschäftsbereich zu finanzieren. In 2021 war es nicht notwendig, kurzfristige finanzielle Spitzenbelastungen durch die Inanspruchnahmen von kurzfristigen Bankkrediten abzudecken. Alle Verbindlichkeiten sind durch Eigenmittel in der Liquiditätssteuerung beglichen wurden.

Der Bestand an liquiden Mitteln liegt stichtagsbezogen bei 126 T€.

Die Ertragslage:

Die Umsätze liegen im ersten Geschäftsjahr bei 1.531 T€. Die Umsatzentwicklung im Geschäftsjahr kann trotz der Corona-Pandemie durchaus als sehr gut bewertet werden. Dieser Trend soll in den Folgejahren weiter anhalten. Die DLZ hat das Ziel, sich durch qualitativ sehr gute Dienstleistungen in den Gebäudediensten weiter zu behaupten. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegen bei 159 T€. Hier sind im Wesentlichen die Managementleistungen zwischen der Dorfner GmbH & Co. KG und Versicherungen erfasst. Die Personalaufwendungen liegen bei 1.227 T€. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde ein Jahresergebnis von 100 T€ erzielt.

Chancen - Risiken - Ausblick:

Für die kommenden Jahre schätzt die Geschäftsleitung eine positive Entwicklung der Gesellschaft ein. Bedingt durch die Tatsache, dass die DLZ zur Erbringung ihrer Dienstleistungsangebote einen durchschnittlichen Gesamtpersonalkostenanteil von über 80 % am Umsatz hat, wird es für die Zukunft noch wichtiger sein, diesen Gesamtkostenblock konsequent und nachhaltig zu managen und nach Möglichkeit zu reduzieren.

Für das Unternehmen sind keine Marktrisiken durch konjunkturabhängige Investitionszyklen vorhanden. Die internen Aufgaben und Geschäftsprozesse werden sorgfältig gesteuert und sind daher weniger risikobehaftet.

Das DLZ hat unterschiedliche nationale Gesetze zu beachten. Daraus können sich für Rechtsgeschäfte etwa bei der Gestaltung von Verträgen Risiken ergeben, die die Gesellschaft nach Bedarf durch Rechtsberater bewältigt.

Der wirtschaftliche Erfolg der Gesellschaft ist in hohem Maß von Engagement und Know-how des externen Managementdienstleisters, der Firma Dorfner GmbH & Co. KG, abhängig. Ziel ist es daher, qualifizierte Fach- und Führungskräfte für das Unternehmen weiter zu entwickeln und zu gewinnen, sie erfolgreich zu integrieren und dauerhaft zu binden.

Es wird darauf hingewiesen, dass es bedingt durch die Corona-Pandemie zu Verschiebungen auf der Erlösseite beim Hauptkunden kommen kann und damit zu Kostensteigerungen innerhalb der Personalkostenquote der Gesellschaft.

Die hohen Qualitätsansprüche werden durch Qualitätskontrollen durchgesetzt, sowohl beim Lieferanten als auch in den eigenen Geschäftsräumen.

Die Gesamtbeurteilung der Risiken sowie des eingesetzten Risikomanagementsystems ergab, dass die vorhandenen Risiken begrenzt und überschaubar sind und das Risikomanagement effizient ist.

Die Gesellschaft verfügt über einen solventen Kundenstamm. Forderungsausfälle liegen nicht vor. Zudem besteht eine langjährige Zusammenarbeit mit dem Hauptkunden der Kreiskrankenhaus-Greiz-Unternehmensgruppe.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2021 bis 31.12.2021 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Meier und Kossen GmbH, Wildeshausen, geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu dem Ergebnis, dass keine Gründe zur Beanstandung vorlagen.

Ausgewählte Kennziffern der DLZ Greiz GmbH¹:

Bilanz	2019* T€	2020 T€	2021 T€	Veränderung zum Vorjahr
Anlagevermögen	0	0	0	0
Umlaufvermögen	31	91	329	238
Eigenkapital	25	27	127	100
Verbindlichkeiten (ohne Rückstellungen)	1	49	130	81
Bilanzsumme	31	91	329	238
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse ²	0	372	1.527	1.155
Personalaufwand	10	296	1.227	931
Materialaufwand	3	0	0	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	2	100	98
Sonstige				_
Eigenkapitalquote (%)	81	30	39	8,6
Beschäftigte Ø	1_	13	55	42

^{* -} hier noch als Daseinsvorsorge Greiz GmbH firmiert.

Rundungsdifferenzen möglich
 Erlöse aus Kassenärztlichen Leistungen, Nutzungsentgelte der Ärzte und Umsatzerlöse nach BilRUG

3.1.2 Kreiskrankenhaus Ronneburg - Fachklinik für Geriatrie GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

Kreiskrankenhaus Ronneburg GmbH Telefon: 036602-55200 Telefax: Rudolf-Breitscheid-Platz 1 036602-55209 07580 Ronneburg

E-Mail: post@Krankenhaus-

Ronneburg.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde am 15. Juli 1997 rückwirkend zum 01. Juli 1997 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 206981) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 18. Juli 2017 (Urkundenrolle Nr. 506/2017 des Notariats Peter Orth).

Zeichen der Genehmigung: 240.1 – 1515 – 001/17 - GRZ

Organe der Gesellschaft

Krankenhausleitung (Stand 31.12.2021):

Dipl.-Kfm. Clemens Schmitz Geschäftsführer Thomas Hedrich Einzelprokura Dr. med. Ralf Oswald Chefarzt

Dipl.-Pflegewirtin Steffi Vogel Leiterin des Pflegedienstes

Der Geschäftsführer ist vom Verbot der Selbstkontrahierung (§ 181 BGB) befreit. Er besitzt Alleinvertretungsbefugnis. Die Angaben zu den Bezügen des Geschäftsführers werden unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2021):

Vorsitzende: Frau Martina Schweinsburg Landrat

Stelly, Vorsitzender Herr Dr. Ulli Schäfer Kreistagsmitglied Weitere Mitglieder Kreistagsmitglied Herr Andreas Weber Herr Heinz Klügel Kreistagsmitglied

Herr Christian Tischner Kreistagsmitglied Herr Dr. Robby Schlund Kreistagsmitglied

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2021 Bezüge in Höhe von 434 € erhalten (Vj. 503 €).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist der Landkreis Greiz. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2021 beträgt 1.023.000,00 Euro. Der Landkreis als Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung vom Landrat vertreten. Der Landrat handelt im Auftrag des Kreistages.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

Pflegeheim Ronneburg GmbH

prozentualer Anteil: 100 %

übernommene Stammeinlage: 25.000,00 Euro

Kreisrehaklinik Ronneburg GmbH

prozentualer Anteil: 100 %

übernommene Stammeinlage: 25.000,00 Euro

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Krankenhauses des Landkreises Greiz. Aufgabe des Krankenhauses ist die Erfüllung des im Thüringer Krankenhausplan festgelegten Versorgungsauftrages. Gegenstand des Unternehmens ist ferner der Betrieb eines Pflegeheimes mit der Aufgabe der vollstationären Pflege und der Tagespflege von Pflegebedürftigen. Zur Erfüllung dieser Aufgabe gründet das Krankenhaus eine Tochtergesellschaft in Form einer gemeinnützigen GmbH. Weiterer Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer stationären geriatrischen Rehabilitation. Zur Erfüllung des Satzungszweckes ist die Gesellschaft berechtigt, eine Rehabilitationsklinik in Form einer Tochtergesellschaft zu errichten und zu betreiben.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, die mit dem genannten Gesellschaftszweck im wirtschaftlichen und organisatorischen Zusammenhang stehen und diesen fördern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die der Erzielung des Hauptzweckes der Gesellschaft dienen.

Die Gesellschaft darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen und sich an solchen Unternehmen beteiligen, wenn ein wirtschaftlicher und organisatorischer Zusammenhang zur Erzielung des Gesellschaftszweckes besteht oder herbeigeführt werden soll.

Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Kreiskrankenhaus Ronneburg – Fachklinik für Geriatrie GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem geltenden Thüringer Krankenhausplan. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag.

Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem voraussichtlichen Bedarf.

Das Krankenhaus wird als juristisch selbständige Person in GmbH – Form geführt. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Krankenhauses des Landkreises Greiz. Aufgabe des Krankenhauses ist die Erfüllung des im Thüringer Krankenhausplan festgelegten Versorgungsauftrages. Gegenstand des Unternehmens ist ferner der Betrieb eines Pflegeheimes mit der Aufgabe der vollstationären Pflege und der Kurzzeitpflege von Pflegebedürftigen. Zur Erfüllung dieser Aufgabe gründete das Krankenhaus eine Tochtergesellschaft in Form einer gemeinnützigen GmbH. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 67 AO und ist entsprechend den gesetzlichen Vorschriften von der Körperschaft-, Gewerbe-, Umsatz- und Grundsteuer befreit. Gegenstand des Unternehmens ist ferner die stationäre geriatrische dieser Aufgabe Rehabilitation. Zur Erfüllung gründete das Krankenhaus Tochtergesellschaft als GmbH.

Die Kreiskrankenhaus Ronneburg GmbH ist eine Fachklinik für Geriatrie mit 113 Betten in drei Stationen und einer Tagesklinik mit 3 Plätzen.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Das Krankenhaus Ronneburg konnte seine Position als regionales, fachversorgendes Krankenhaus für Geriatrie im Berichtszeitraum trotz der Corona-Pandemie halten. Die geschaffenen Leistungsstrukturen, aufbauend auf einem qualifizierten Mitarbeiterstamm sowie modernen medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Ausstattungen gewährleisteten den wirtschaftlichen Betrieb des Krankenhauses bei hoher Versorgungsqualität der Patienten. Der Erhalt der Position im Krankenhausmarkt erfolgte unter dem Kostendruck aus den Tarifsteigerungen, Personalmangel, den Zahlungsausfällen durch Krankenhausern um der steten Erhöhung der Sachkosten. Der Konkurrenzdruck zwischen den Krankenhäusern um Marktanteile der Krankenhausversorgung in der Fachrichtung Geriatrie verschärft sich weiter. In diesem Umfeld muss sich die Spezialisierung des Krankenhauses auf die klinische Geriatrie weiter bewähren.

Geprägt wurde das Jahr 2021 durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie. Ausbleibende Zuweisungen von Patienten aus anderen Krankenhäusern auf Grund der dort für Corona-Patienten freigehaltenen Betten bzw. daraus resultierend aus nicht durchgeführten geplanten Operationen führten zu einer reduzierten Bettenbelegung. In 2021 konnten aufgrund der gesetzlichen Zugangsvoraussetzungen keine Freihaltepauschalen beantragt werden. Lediglich Ausgleichszahlungen in Höhe von 415 T€ aufgrund von Sonderbelastungen durch das Corona-Virus konnten im Berichtsjahr vereinnahmt werden.

Das Ziel der Personalführung, insbesondere bei der Patientenversorgung die Mitarbeiter hinsichtlich Ausbildung und Anzahl in ausreichenden Maße vorzuhalten, wurde erreicht. Jedoch wird es immer schwieriger, geeignetes Personal dauerhaft an das Haus zu binden. Verschärfend wirkten sich zudem die durch die Pandemie verursachten Ausfälle und die gesteigerte Belastung des Personals aus. Die DRG-Erlöse (inkl. Erlöse Pflegebudget) sind im Vergleich zum Vorjahr um 980 T€ bzw. 9,1 % gestiegen. Dieser Anstieg resultiert aus den im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Fallzahlen sowie der Anhebung des Landesbasisfallwertes. Die COVID-19-Abschlagszahlungen konnten die Erlösausfälle aufgrund fehlender Belegung nicht ausgleichen. Die Auslastung der stationären Geriatrie beträgt 70,1 % (Vj. 65,9 %)

Die Personalkosten erhöhten sich trotz des Rückgangs der Vollkräfte von 120,9 auf 117,1. Zu dieser Entwicklung führten tarifliche Veränderungen im TVöD und des TV–Ärzte mit einer Steigerung von ca. 3 %. Hinzu kamen Kosten für Personalleasing in Höhe von 278 T€, die im Vorjahr nicht angefallen sind.

Der Materialaufwand hat sich von 1.768 T€ auf 2.451 T€ erhöht. Ursachen sind ein im Zusammenhang mit Corona intensiviertes Untersuchungs- und Hygieneregime bei gleichzeitig steigenden Preisen sowie den Kosten für das Fremdpersonal.

Das Krankenhaus ist eines der letzten Vollmitglieder im Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV). Die tarifvertraglichen Vereinbarungen werden für alle tariflichen Mitarbeiter ohne Abstriche angewendet.

Die Vermögenslage:

Zum 31.12.2021 hat sich das Anlagevermögen um 111 T€ erhöht auf 17.145 T€ und ist in Höhe von 2.666 T€ mit Fördermitteln finanziert. Im Geschäftsjahr 2021 erhöhte sich das Anlagevermögen im Wesentlichen aufgrund der Investitionen in den Ersatzneubau und dessen Außenanlagen. Die Investitionen des Geschäftsjahres übersteigen die planmäßigen Abschreibungen um 170 T€.

Insgesamt hat sich die Bilanzsumme um 707 T€ verringert, was überwiegend auf die Reduzierung des Kassenbestandes zurückzuführen ist.

Die Finanzlage:

Die Liquidität des Unternehmens war im Berichtsjahr durchgängig gesichert. Bei den ausgewiesenen Verbindlichkeiten in Höhe von 879 T€ handelt es sich um kurzfristige Verbindlichkeiten mit Laufzeiten bis zu einem Jahr. Den kurzfristigen Verbindlichkeiten stehen ausreichend kurzfristige Vermögenswerte gegenüber, sodass die Liquidität sichergestellt ist. Die Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens ist geordnet.

Die Ertragslage:

Die Fallzahl ist gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen:

Jahr	Vollstationäre Pflege	Tagesklinik	Gesamt
2019	1.645	54	1.699
2020	1.429	12	1.441
2021	1.535	9	1.544

Die durchschnittliche Verweildauer im vollstationären Bereich betrug 18,8 Tage und hat damit gegenüber dem Vorjahr leicht abgenommen (19,1).

Gegenüber dem Vorjahr sind die Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen um 736 T€ auf 11.049 T € gesunken. Die DRG- Erlöse konnten hingegen bedingt durch die gestiegenen Fallzahlen und die Anhebung des Landesbasisfallwertes um 760 T€ auf insgesamt 7.413 T€ gesteigert werden.

Das Geschäftsjahr 2021 wurde mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 384 T€ abgeschlossen. Das Vorjahr war wesentlich durch die Erlöse aus COVID-19-Ausgleichszahlungen in Höhe von 1.685 T€ geprägt.

Chancen - Risiken - Ausblick:

Die finanziellen Rahmenbedingungen für die Krankenhausfinanzierung im Jahr 2022 werden durch die Regelungen des GKV-Finanzierungsgesetzes beeinflusst mit Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

Die Höhe der Fallzahlen wird einerseits unter den Bedingungen der DRG als relativ stabil angesehen, da im Abrechnungssystem ein wirtschaftlicher Druck zu niedrigen Verweildauern besteht und die einweisenden Krankenhäuser eher mehr Patienten höheren Alters einweisen.

Anderseits besteht weiterhin das Risiko, dass verlegende Krankenhäuser der Umgebung die Behandlung geriatrischer Patienten in Zukunft selbst durchführen wollen. Dieser Vorgehensweise steht weiterhin der Thüringer Krankenhausplan entgegen. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass sich weitere Wettbewerber im Umfeld dem Bereich der geriatrischen Rehabilitation zuwenden. Nachbarkrankenhäuser in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen verfolgen das Ziel, eigenständig das Fachgebiet Geriatrie zu besetzen. Bei Umsetzung dieser Ziele sind gravierende und einschneidende Nachteile für die geriatrische Fachklinik unausweichlich.

Mit der Übernahme des Burgenlandklinikums durch die SRH-Gruppe und deren Ankündigung, weitere Betten Akutgeriatrie aufbauen zu wollen, ist die weitere Entwicklung des Zuweisungsverhaltens des Hauptzuweisers - SRH Waldklinikum Gera - unklar. Im Berichtsjahr war das Zuweisungsverhalten noch konstant im Vergleich zu den Vorjahren.

Um dem Risiko eines reduzierten Zuweisungsverhaltens zu begegnen, wird für den Standort Ronneburg eine Strategie benötigt, die die Auslastung der vorhandenen Strukturen unabhängig von der Belegung der Akutgeriatrie ermöglicht. Dies kann im Rahmen von engen Kooperationen mit anderen Häusern im Landkreis Greiz erfolgen. Hierzu gibt es Konzepte, die den zuständigen Gremien vorliegen.

Der Arbeitsmarkt für Ärzte-/innen ist leergefegt. Aufgrund der Altersstruktur der Ärzte-/innen ist in Kürze im Unternehmen mit unbesetzten Stellen im ärztlichen Bereich zu rechnen. Es werden große Anstrengungen unternommen, um Ärzte-/innen im Krankenhaus Ronneburg zu halten und ggf. neue hinzuzugewinnen. Trotz intensivster Bemühungen im In- und Ausland ist eine dauerhafte Bindung von Ärzten/-innen sowie die Neugewinnung ärztliche Personals für eine Kleinstadt im ländlichen Raum in Zeiten von allgemeiner Ärzteknappheit extrem schwierig. Auch im Bereich der Pflege gestaltet sich die Personalrekrutierung zunehmend schwieriger.

Die Budgetverhandlungen für 2022 sind terminiert. Durch den Umbau des DRG-Systems mit der erstmaligen Ausgliederung des Pflegebudgets aus den DRG, durch die Auswirkungen der Corona-Krise sowie durch die unklare Entwicklung der Zuweisungen aus dem SRH Waldklinikum Gera ist eine belastbare Prognose der Fallzahlentwicklung und der sich darauf aufbauenden Forderung im Rahmen der Budgetverhandlungen sicher erst Ende des Jahres möglich.

Der vom Aufsichtsrat im Spätsommer 2021 genehmigte Wirtschaftsplan ging für das Geschäftsjahr 2022 von einem nahezu ausgeglichenen Jahresergebnis aus. Aufgrund der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden schwachen Belegung im I. Quartal, Aufbau geriatrischer Behandlungskapazitäten im Umfeld und gleichzeitiger Erhöhung der Personal- und Sachkosten werden nunmehr für das Geschäftsjahr 2022 negative Veränderungen in der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erwartet. Es wird mit einem negativen Jahresergebnis in Höhe von ca. 1.000 T€ gerechnet. Sollten die laufenden Bemühungen um eine wesentlich intensivere Zusammenarbeit mit anderen Häusern aus dem Landkreis zu einem Erfolg führen, wird mit positiven Ergebnissen ab dem Geschäftsjahr 2024 kalkuliert.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2021 bis 31.12.2021 von der Meier & Kossen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Einwendungen.

Ausgewählte Kennziffern der KKH Ronneburg GmbH 1:

	2019	2020	2021	Änderung
Bilanz	T€	T€	T€	zum Vorjahr
Anlagevermögen	12.794	17.034	17.145	111
Umlaufvermögen	9.660	7.450	6.634	- 816
Eigenkapital	17.321	19.242	18.858	-384
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	3.242	2.872	2.666	- 206
Verbindlichkeiten	968	1.521	879	-642
Bilanzsumme	22.500	24.489	23.783	-706
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse ²	11.184	12.336	11.785	-551
sonstige betriebliche Erträge	854	172	119	-53
Personalaufwand	7.935	7.703	8.035	332
Materialaufwand	1.553	1.768	2.451	683
Abschreibungen	1.039	946	1.237	291
sonstiger betrieblicher Aufwand	983	695	1.000	305
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	1	0	-1
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	1.124	1.920	-384	-2.304
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%) ³	77	79	79	0
Beschäftigte Ø	149	143	140	- 3
Verweildauer (Ø Tage)⁴	18,9	19,1	18,8	-0,3
Fallzahlen (Absolut)	1.699	1.441	1.544	103
Umsatz je Beschäftigten (T€)	75	86	84	-2
Personalaufwand je Fall (T€)	4,7	5,3	5,2	-0,1
Materialaufwand je Fall (T€)	0,9	1,2	1,6	0,4

 ¹ Rundungsdifferenzen möglich
 ² Erlöse aus Krankenhausleistung, aus ambulanten Leistungen und Nutzungsentgelte der Ärzte
 ³ Eigenkapital / Gesamtkapital
 ⁴ Geriatrie besitzt generell eine höhere Verweildauer

3.1.2.1 Pflegeheim Ronneburg GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

Pflegeheim Ronneburg GmbH Telefon: 036602-55200
Dr.-Gehlmann-Straße 3 Telefax: 036602-55209
07580 Ronneburg E-Mail: info@pflegeheim-

Ronneburg.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde am 12. Januar 2000 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 208234) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 11. November 2010 (Urkundenrolle Nr. 631/2010 des Notariats Peter Orth).

Zeichen der Genehmigung: 204.4 – 1511 – 002/99

Organe der Gesellschaft

Pflegeheimleitung (Stand 31.12.2021):

Dipl.-Kfm. Clemens Schmitz

Thomas Hedrich

Cornelia Stoppel

Geschäftsführer

Einzelprokura

Heimleiterin

Doreen Friedrich Pflegedienstleiterin

Der Geschäftsführer ist vom Verbot der Selbstkontrahierung (§ 181 BGB) befreit. Er besitzt Alleinvertretungsbefugnis. Die Angaben zu den Bezügen des Geschäftsführers werden unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2021):

Vorsitzende: Frau Martina Schweinsburg Landrat

Stellv. Vorsitzender Herr Dr. Ulli Schäfer Kreistagsmitglied weitere Mitglieder Herr Andreas Weber Kreistagsmitglied Herr Heinz Klügel Kreistagsmitglied

Herr Christian Tischner
Herr Dr. Robby Schlund

Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2021 Bezüge in Höhe von 300 € erhalten (Vj. 846 €).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist die Kreiskrankenhaus Ronneburg – Fachklinik für Geriatrie GmbH. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2021 beträgt 25.000,00 Euro.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Pflegeheimes mit der Aufgabe der vollstationären Pflege und der Tagespflege von Pflegebedürftigen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, die mit dem genannten Gesellschaftszweck im wirtschaftlichen und organisatorischen Zusammenhang stehen und diesen fördern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die der Erzielung des Hauptzweckes der Gesellschaft dienen.

Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Pflegeheim Ronneburg GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem geltenden Thüringer Landespflegeplan. Die unter "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem voraussichtlichen Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Pflegeheimes mit der Aufgabe der vollstationären Pflege und der Tagespflege von Pflegebedürftigen. Die Gesellschaft wurde durch Bescheid vom 31.05.2001 des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit in den 4. Thüringer Landespflegeplan mit einer Bettenkapazität von 50 vollstationären Dauerpflegeplätzen aufgenommen. Mit Nachtrag zum Versorgungsvertrag vom 25.02.2013 wurde der Versorgungsauftrag ab dem 01.02.2013 von 50 auf 76 vollstationäre Pflegeplätze erhöht.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 68 Nr. 1a AO und ist entsprechend den gesetzlichen Vorschriften von der Körperschaft-, Gewerbe-, Umsatz- und Grundsteuer befreit.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Wesentlich wurde das Jahr 2021 durch die Andauer der Corona-Pandemie geprägt. Dadurch waren erhebliche Anstrengungen im Bereich Hygiene und Schutz der Bewohner nötig, um einen Ausbruch von Infektionen über den Verlauf des Jahres 2021 zu verhindern.

Im Berichtszeitraum von 2021 wurde das Pflegeheim durchgehend mit 76 Betten betrieben. Das verfolgte Konzept der ortsnahen Versorgung pflegebedürftiger Bewohner durch gut ausgebildete Mitarbeiter hat sich bewährt.

Im Ergebnis hat sich die Gesellschaft planmäßig entwickelt. Die Umsatzerlöse haben sich wie geplant erhöht. Das Jahresergebnis liegt leicht über den Erwartungen.

Die Vermögenslage:

Das Anlagevermögen betrug zum Bilanzstichtag 1.793 T€ und ist in Höhe von 1.214 T€ mit Fördermitteln finanziert. Die Veränderung im Anlagevermögen resultiert im Wesentlichen aus planmäßigen Abschreibungen. Die Erhöhung des Finanzmittelbestandes um 266 T€ beruht vorwiegend auf den Ergebnissen des operativen Geschäfts

Das Eigenkapital hat sich infolge des Jahresüberschusses erhöht.

Die Finanzlage:

Die Pflegeheim Ronneburg GmbH ist finanziell unabhängig. Es bestehen keine langfristigen Verbindlichkeiten. Ausgewiesene Verbindlichkeiten bestehen ausschließlich aus der laufenden Geschäftstätigkeit. Das Pflegeheim kann sich durch seine erzielten Erträge selbst finanzieren. Die Zahlungsfähigkeit war während des Berichtszeitraumes jederzeit gegeben.

Die Ertragslage:

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 26.644 Berechnungstage erbracht (Vorjahr 27.329). Damit wurden folgende Erlöse (in T€) erzielt:

Jahr	Pflegekassen	Eigenanteil Bewohner	Inkontinenz- Pauschale	Gesamt
2019	1.316	338	22	1.676
2020	1.315	478	21	1.814
2021	1.262	537	19	1.818

Zum Ausgleich der Mindereinnahmen und Mehrkosten hat die Gesellschaft über den Pflegerettungsschirm insgesamt 215 T€ erhalten. Der Personalaufwand liegt nahezu auf Vorjahresniveau bei 1.912 T€. Die Auswirkungen von Mindestlohn, Pflegemindestlohn und Steigerung für Fachkräfte ist erkennbar. Die Zahl der personalkostenintensiveren Pflegefachkräfte steigt an.

<u>Chancen - Risiken - Ausblick:</u>

Aufgrund der demografischen Entwicklung werden auch zukünftig Heimplätze nachgefragt werden. Damit ist die Auslastung der 76 Plätze gewährleistet. Das erforderliche Pflegepersonal ist eingestellt. Die größte Herausforderung besteht darin, qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen und zu halten. Bezüglich des Eigenanteils der Bewohner an den Heimkosten ist das Pflegeheim im Mittelfeld der konkurrierenden Heime aufgestellt.

Problematisch wäre eine grundsätzliche Veränderung des Leistungsspektrums der Pflegeversicherung, insbesondere wenn die Zahlbeträge der Pflegeversicherung gekürzt und der Eigenanteil der Bewohner erhöht werden müssten.

Ein Risiko für die Heimbewohner bestünde bei einem Ausbruch einer Corona-Epidemie im Pflegeheim. Die daraus resultierenden Auswirkungen lassen sich nicht quantifizieren. Risiken für eine Bestandsgefährdung des Pflegeheimes sind grundsätzlich nicht erkennbar.

Die durchschnittlich sehr hohe Auslastung des Pflegeheimes ist praktisch nicht mehr steigerbar. Unvermeidliche Kostensteigerungen sowohl der Sach- und Personalkosten müssen daher über den Pflegesatz erwirtschaftet werden.

Ab dem 01.01.2020 löst das Pflegeberufegesetz das Alten– und Krankenpflegegesetz ab. Mit der generalistischen Ausbildung befürchtet die Gesellschaft als Einrichtung der Altenpflege noch stärker als bisher, Absolventen an die Institution Krankenhaus zu verlieren.

Das Geschäftsjahr 2022 ist bezüglich der Belegung auf gleich hohem Niveau angelaufen. Für 2022 ist mit einem positiven Ergebnis zu rechnen. Auf Grund der zu erwartenden Personal- und Sachkostensteigerungen und den Unwägbarkeiten des weiteren Verlaufs der Corona-Pandemie ist aber von einem gegenüber 2021 deutlich niedrigeren Jahresergebnis auszugehen.

Aufgrund des bestehenden Wettbewerbs zwischen Pflegeheimen und betreuten Wohnanlagen könnten sich Auswirkungen auf die künftige Auslastungssituation der Gesellschaft ergeben. Die Geschäftsführung geht infolge des guten Pflegeangebotes der Gesellschaft von keinen entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken aus.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2021 - 31.12.2021 von der Meier & Kossen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Beanstandungen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind geordnet.

Ausgewählte Kennziffern der Pflegeheim Ronneburg GmbH 1:

Bilanz	2019 T€	2020 T€	2021 T€	Änderung zum Vorjahr
Anlagevermögen	1.772	1.889	1.793	- 96
Umlaufvermögen	1.543	1.434	1.777	343
Eigenkapital	1.728	1.846	2.146	300
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	1.385	1.300	1.214	- 86
Verbindlichkeiten	73	84	109	25
Bilanzsumme	3.316	3.324	3.574	250
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse ²	2.534	2.797	3.092	295
sonstige betriebliche Erträge	81	161	113	- 48
Personalaufwand	1.672	1.929	1.912	-17
Materialaufwand	633	712	760	48
Abschreibungen	119	123	148	25
sonstiger betrieblicher Aufwand	148	96	108	12
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	115	119	300	181
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%) ³	94	95	94	-1
Beschäftigte Ø	58	54	50	- 4
Pflegetage vollstationär	27.450	27.329	26.644	- 685
Umsatz je Pflegetag vollstationär (€)	92	99	116	17
Umsatz je Beschäftigten (T€)	44	50	62	12

Rundungsdifferenzen möglich
 Umsatzerlöse (alles außer Zuschüsse und sonstige betriebliche Erträge)
 Eigenkapital / Gesamtkapital, wobei der Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen eingerechnet wurden.

3.1.2.2 Kreisrehaklinik Ronneburg GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

Kreisrehaklinik Ronneburg GmbH Telefon: 036602-55200
Rudolf-Breitscheid-Platz 1 Telefax: 036602-55209
07580 Ronneburg E-Mail: post@krankenhaus-

Ronneburg.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde am 17. Oktober 2019 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 516643) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 17. Oktober 2019 (Urkundenrolle Nr. 737/2019 des Notariats Peter Orth).

Zeichen der Genehmigung: 240.1 – 1515 – 001/19 - GRZ

Organe der Gesellschaft

Klinikleitung (Stand 31.12.2021):

Dipl.-Kfm. Clemens Schmitz Geschäftsführer Thomas Hedrich Einzelprokura

Der Geschäftsführer ist vom Verbot der Selbstkontrahierung (§ 181 BGB) befreit. Er besitzt Alleinvertretungsbefugnis. Die Angaben zu den Bezügen des Geschäftsführers werden unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2021):

Vorsitzende: Frau Martina Schweinsburg Landrat

Stellv. Vorsitzender Herr Dr. Ulli Schäfer Kreistagsmitglied Weitere Mitglieder Herr Andreas Weber Kreistagsmitglied Herr Heinz Klügel Kreistagsmitglied Herr Christian Tischner Kreistagsmitglied

Herr Dr. Robby Schlund Kreistagsmitglied

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2021 keine Bezüge erhalten (Vj. keine Bezüge).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist die Kreiskrankenhaus Ronneburg – Fachklinik für Geriatrie GmbH. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2021 beträgt 25.000,00 Euro.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer geriatrischen Rehabilitationsklinik. Aufgabe der Rehabilitationsklinik ist die Erbringung von Leistungen zur geriatrischen Rehabilitation, die eine stationäre Behandlung, aber keine Krankenhausbehandlung erfordern (§ 111 SGB V).

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, die mit dem genannten Gesellschaftszweck im wirtschaftlichen und organisatorischen Zusammenhang stehen und diesen fördern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die der Erzielung des Hauptzweckes der Gesellschaft dienen.

Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Kreisrehaklinik Ronneburg GmbH soll im Verbund mit der Kreiskrankenhaus Ronneburg – Fachklinik für Geriatrie GmbH die Aufgaben gemäß geltendem Thüringer Krankenhausplan zur stationären Versorgung geriatrischer Patienten erfüllen. Die unter "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit wurde bisher nicht aufgenommen. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem voraussichtlichen Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer geriatrischen Rehabilitationsklinik mit der Aufgabe der stationären geriatrischen Rehabilitation im Verbund mit der Kreiskrankenhaus Ronneburg – Fachklinik für Geriatrie GmbH.

Der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb wurde bisher nicht aufgenommen.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Die Kreisrehaklinik Ronneburg GmbH existiert derzeit nur als Mantel und hat keine wirtschaftliche Tätigkeit.

Die Bilanzsumme beträgt 25 T€ und weist als Aktiva flüssige Mittel in Form eines Bankguthabens in vorgenannter Höhe aus. Die Passiva bilden das gezeichnete Kapital i.H.v. 25 T€ abzüglich eines Bilanzverlustes i.H.v. 1,7 T€ ab. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung i.H.v. 1,7 T€ bestehen analog dem Vorjahr gegenüber der Muttergesellschaft. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 490,28 € ab. Dabei handelte es sich um sonstige betriebliche Aufwendungen. Es wurde keine operative Geschäftstätigkeit ausgeübt.

Die Gesellschaft wird auch im Geschäftsjahr 2022 keine Geschäftstätigkeit aufnehmen.

Zur Würdigung des Jahresabschlusses und Lageberichtes wurde für die Gesellschaft eine prüferische Durchsicht veranlasst.

Die prüferische Durchsicht für das Geschäftsjahr vom 01.01.2021 - 31.12.2021 erfolgte durch die Meier & Kossen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und hat keine Sachverhalte ergeben, dass der Jahresabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie ergänzenden Regelungen im Gesellschaftsvertrag aufgestellt worden ist oder ein unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht vermittelt.

Ausgewählte Kennziffern der Kreisrehaklinik Ronneburg GmbH 1:

Bilanz	2020 T€	2021 T€	Änderung zum Vorjahr
Anlagevermögen	0	0	0
Umlaufvermögen	26	25	- 1
Eigenkapital	24	23	- 1
Verbindlichkeiten	2	2	0
Bilanzsumme	26	25	- 1
Gewinn- und Verlustrechnung			
sonstige betriebliche Erträge	1	0	- 1
sonstiger betrieblicher Aufwand	0,4	0,5	0,1
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0,6	- 0,5	-1,1
Sonstige			
Eigenkapitalquote (%) 3	100	100	0
Beschäftigte Ø	0	0	0

¹ Rundungsdifferenzen möglich ³ Eigenkapital / Gesamtkapital

3.2 Verkehrs- und Service-Unternehmen

3.2.1 Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz (PRG)

Sitz und Anschrift des Unternehmens

PRG Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz

Geraer Straße 7

Telefon: 03661-70650

Telefax: 03661-706526

07973 Greiz - Gommla

E-Mail: info@prg-greiz.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde aus der Verkehrs GmbH Greiz am 01. Januar 1991 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 201511) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 08. August 2012 (mit notarieller Beurkundung Nr. 959/2012 des Notariats Schwarzer).

Zeichen der Genehmigung: 240.4 – 1515.01 – 1/09 – GRZ

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand 31.12.2021):

Dr. Stefan Meißner Geschäftsführer Angela Rose Einzelprokura

Von der Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB abgesehen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2021):

Vorsitzende Frau Martina Schweinsburg Landrätin

Stellv. Vorsitzender Herr Kai Dittmann Kreistagsmitglied weitere Mitglieder Herr Dr. Bernd Grünler Sachverständiger Herr Dirk Bergner Kreistagsmitglied

Herr Bodo Scheffel Sachverständiger Herr Torsten Braun Kreistagsmitglied

Die Vergütung des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2021 betrug 800,00 € (Vj: 500,00 €).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist der Landkreis Greiz. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2021 beträgt 1.662.000,00 Euro. Der Landkreis als Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung vom Landrat vertreten. Der Landrat handelt im Auftrag des Kreistages.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens sind die Übernahme, Einrichtung und Betrieb von Personenverkehren nach dem Personenbeförderungsgesetz sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar und mittelbar zu dienen geeignet sind, wie Tankstelle, Werkstatt, Fahrzeugwäsche, Reisebüro.

Die Tätigkeit erstreckt sich hauptsächlich auf den Nahverkehrsraum Greiz und Zeulenroda. Der Nahverkehrsraum bzw. das zugehörige Liniennetz darf nur mit Zustimmung der Gesellschafter geändert werden.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung des vorgenannten Gegenstandes des Unternehmens dienen. Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten. Die Gesellschaft kann Interessengemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit Verkehrsunternehmen bzw. Verkehrsgesellschaften abschließen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Personen- und Reiseverkehrs GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem geltenden Nahverkehrsplan des Landkreises Greiz. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem voraussichtlichen Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Das Unternehmen besteht als juristisch selbständige Person in GmbH - Form. Gegenstand der Gesellschaft sind Übernahme, Einrichtung und Betrieb von Personenverkehren nach dem Personenbeförderungsgesetz sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar und mittelbar zu dienen geeignet sind, wie Tankstelle (Erdgastankstelle), Werkstatt, Fahrzeugwäsche und Reisebüro.

Kernstück der unternehmerischen Tätigkeit ist der öffentliche Personennahverkehr auf der Grundlage der erteilten 25 Linienkonzessionen (davon 17 Regionallinien) im Landkreis Greiz. Die verbleibenden 8 Stadtlinien sorgen mit der angebotenen Taktzahl für ein ausreichendes ÖPNV–Angebot in den Städten Greiz und Zeulenroda. Das Unternehmen unterhält eine Außenstelle in Zeulenroda.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Der öffentliche Personennahverkehr als Haupteinnahmequelle wird auf der Grundlage der erteilten Linienkonzessionen durchgeführt und ist im Nahverkehrsplan festgeschrieben. Die Gesellschaft erbringt hauptsächlich Verkehrsleistungen nach dem Personenbeförderungsgesetz. Zwischen dem Landkreis Greiz und der PRG gibt es seit dem 01.09.2018 einen öffentlichen Dienstleistungsvertrag (ÖDA) mit einer Geltungsdauer von 10 Jahren. Gegenstand des Vertrages ist die europarechtskonforme Finanzierung des Linienverkehrs im ÖPNV des Landkreises Greiz. Sowohl die Erbringung der durch die PRG angebotenen öffentlichen Personenverkehrsdienste in dem bisherigen qualitativen und quantitativen Umfang als auch der Fortbestand des Unternehmens selbst sind im Wesentlichen von einer zukünftig ausreichenden Finanzierung durch den öffentlichen Auftraggeber abhängig. Die Ausreichung dieser Ausgleichsleistungen erfolgt nunmehr auf der Grundlage des ÖDA.

Das Jahr 2021 stand – wie bereits das vorherige Jahr auch - ganz im Zeichen der noch anhaltenden epidemischen Lage im Zusammenhang mit COVID-19. Infolge der zu ihrer Eindämmung behördlich angeordneten und sehr umfangreichen Beschränkungen des öffentlichen Lebens - u.a. mit (Teil-)Schließungen von Schulen, Geschäften, Freizeit- und diversen Handelseinrichtungen – litt der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) deutschlandund europaweit unter massiven Fahrgastrückgängen im Linienverkehr. Eine gewisse Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage konnte nur über die Sommermonate verzeichnet werden, welche kaum von Einschränkungen gekennzeichnet waren. Aufträge aus anderen Geschäftsfeldern, z.B. Schulsonderfahren und touristische Verkehre blieben aufgrund der bestehenden Beschränkungen sowie der Unsicherheit der Kunden weit hinter den Umfängen des letzten Vor-Pandemie-Jahres 2019 zurück.

Die Gesellschaft schließt den Berichtszeitraum mit einem Jahresergebnis von 469 T€ ab. Damit fällt das Jahresergebnis für 2021 trotz der COVID-19-bedingten Belastungen erheblich besser aus als erwartet. Die kumulierten Jahresergebnisse belaufen sich auf insgesamt - 559 T€. Der Bestand des originären Eigenkapitals beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 1.206 T€.

Da zum Zeitpunkt der Planaufstellung für das Jahr 2021 das Ausmaß der pandemischen Situation nicht absehbar war, resultieren zwischen den Planansätzen und den Ergebnissen 2021 mitunter erhebliche Unterschiede. Bedingt durch die eingangs beschriebenen Einschränkungen und deren Auswirkungen auf die Fahrgastnachfrage sind die Erlöse in nahezu allen Geschäftsfeldern hinter den geplanten Erlösen zurückgeblieben. Da die Schulen im Notbetrieb zumindest für die Abschlussklassen geöffnet waren, ließen sich - anders als noch im Jahr 2020 - umfängliche Fahrplananpassungen als Reaktion auf die reduzierte Nachfrage nicht mehr umsetzen. Es mussten Ausfallentschädigungen auf Grundlage der Beihilfenrechtsentscheidungen der EU-Kommission (Beschlüsse C (2020)2365 vom 11.04.2020 bzw. SA.61744 vom 12.02.2021 (Bundesregelung Kleinbeihilfen) bzw. SA.57675 vom

07.08.2020 (ÖPNV-Rettungsschirm)) in Anspruch genommen werden. Durch diese ist es weitgehend gelungen, pandemiebedingte Einnahmeausfälle abzüglich eigener Einsparungen ausgleichen zu können. Die Gewährung entsprechender Beihilfen war und ist Voraussetzung, um unter den Einflüssen der COVID-19-Pandemie die Versorgung mit öffentlichen Personenverkehrsdiensten aufrecht erhalten zu können.

Im Mai 2021 wurde zwischen den vier im Auftrag des Landkreises Greiz im ÖPNV tätigen Verkehrsunternehmen ein Verbundtarif eingeführt. Bei einer durchschnittlichen Preisanpassung von 6,6 % konnte die Tarifergiebigkeit für die PRG sogar um ca. 30 % gesteigert werden. Hierdurch ist es gelungen, trotz nach wie vor reduzierter Verkehrsnachfrage zumindest im Zeitraum Juni - November 2021 wieder das Erlösniveau des Jahres 2019 zu erreichen, während es in Zeiträumen mit COVID-19-bedingten Einschränkungen nur etwa bei 65 % des Niveaus von 2019 lag.

Der Bestand an Bussen beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 48 Fahrzeuge. Unter Berücksichtigung der Neuanschaffungen sowie der Aussonderung von 4 Fahrzeugen beträgt das Durchschnittsalter der Busflotte 9,4 Jahre (Vj. 9,9 Jahre). Der Anteil barrierefreier Fahrzeuge beläuft sich auf 73 %.

Die bereits in den Vorjahren eingeschlagene "Drei-Säulen-Strategie" (Ausbildung und Übernahmen von Auszubildenden, externe Besetzung, Qualifizierung von Quereinsteigern) zur dauerhaften Sicherung des notwendigen Personalbestands hat sich bewährt. Gleichwohl zeigten sich im Bereich der Qualifizierung, wozu bislang auf externe Firmen zurückgegriffen werden musste, zunehmend Probleme hinsichtlich der zeitlichen Verfügbarkeit von entsprechenden Kursangeboten, deren Dauer und inhaltliche Tiefe Finanzierungsschwierigkeiten für die Teilnehmer. Daher hat sich die PRG zur Etablierung einer auf die betrieblichen Anforderungen ausgerichteten Fahrschule entschlossen. Die Einrichtung einer betriebsinternen Fahrschule stellt einen wesentlichen Baustein in Hinblick auf eine erfolgreiche Arbeitskräftegewinnung und Sicherung dar.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2021 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 469 T€ ab (Vj. 40 T€).

Die Vermögenslage:

Die Bilanzsumme zum 31.12.2021 beträgt 4.679 T€. Der überwiegende Teil des Vermögens der Gesellschaft ist in Anlagevermögen gebunden; der Netto-Buchwert des Anlagevermögens belief sich zum Bilanzstichtag auf 2.486 T€. Das Anlagevermögen ist unter Berücksichtigung des Sonderpostens für Zuschüsse und Zulagen vollständig durch Eigenkapital sowie mittel- und langfristige Verbindlichkeiten gedeckt. Der wertmäßige Bestand an Vorräten liegt zum Bilanzstichtag leicht über der Höhe des Vorjahres. Die Höhe der Forderungen beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 2.008 T€; hierin enthalten sind auch Ausgleichszahlungen für COVID-19-bedingte Schäden in Höhe von 904 T€, welche erst nach dem Bilanzstichtag liquiditätswirksam werden. Unter Berücksichtigung der mittelfristigen Finanzplanung sowie der geplanten Ein- und Auszahlungen ist die Gesellschaft in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Die Finanzlage:

Im Berichtszeitraum hat die Gesellschaft Investitionen in einem Gesamtumfang von 1.335 T€ getätigt. Abzüglich erhaltener Fördermittel in Höhe von 943 T€ betrugen die Netto-Investitionen der PRG im Berichtszeitraum etwa 392 T€. Die Investitionssumme lag deutlich über dem langjährigen Mittel der vergangenen Jahre, was jedoch in der umfangreichen Einmal-Investition zur kompletten Erneuerung und funktionalen Erweiterung der Leit- und Sicherungstechnik begründet liegt. In den kommenden Jahren ist daher wieder mit einem rückläufigen Gesamtumfang an Investitionen gegenüber dem Stand von 2021 zu rechnen, wobei jedoch insbesondere im Fahrzeugbereich das Niveau von durchschnittlich drei Neufahrzeugen pro Jahr als Voraussetzung einer dauerhaft gesicherten Verfügbarkeit von Bussen unabdingbar ist.

Die Finanzlage des Unternehmens ist stabil. Auf die veränderte finanzielle Lage infolge der COVID-19-Pandemie und der hieraus resultierenden Erlösausfälle hat die Gesellschaft durch Verhandlungen einerseits mit dem Freistaat Thüringen und dem Landkreis Greiz als Aufgabenträger über die vorfristige Ausreichung von Ausgleichzahlungen nach § 45a PBefG sowie gemäß ÖDA reagiert, bis Klarheit über den Erhalt von Hilfszahlungen aus dem sog. "ÖPNV-Corona-Rettungsschirm" bestand. Darüber hinaus wurde eine Anpassung der Höhe der Kontokorrentkreditlinie vorgenommen, welche aber nur bei Bedarf in Anspruch genommen wird. Durch diese Maßnahmen ist es gelungen, die Liquidität der Gesellschaft auch während der COVID-19-Pandemie zu sichern. Die Gesellschaft verfügt über einen zuverlässigen Kundenkreis; Forderungsausfälle sind die absolute Ausnahme.

Die Ertragslage:

Das Jahr 2021 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 469 T€ und einem Bilanzverlust von 559 T€ ab. Im Berichtszeitraum hat die Gesellschaft Gesamterlöse in einer Höhe von insgesamt 7.662 T€ erzielt (Vj. 6.852 T€). Die Aufwendungen lagen bei 7.193 T€ (Vj. 6.812 T€).

Den überwiegenden Anteil der eigenwirtschaftlichen Erlöse bilden die Fahrgeldeinnahmen im Linienverkehr. Im Berichtszeitraum betrugen diese 1.941 T€, was gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs um 2,7% bedeutet. Damit war zumindest eine geringfügige Verbesserung gegenüber dem Jahr 2020 zu verzeichnen; gleichwohl lagen die Fahrgeldeinnahmen - trotz Tarifsteigerung ab Mai 2021 – nur bei einem Niveau von 86,3 % des Jahres 2019. Die fehlenden Fahrgeldeinnahmen waren auch im Jahr 2021 überwiegend auf die behördlich angeordneten Beschränkungen infolge der COVID-19-Epidemie zurückzuführen. Dies lässt sich u.a. auch daraus schlussfolgern, da in den Sommermonaten (insbesondere Juni und Juli 2021), welche nur durch geringfügige Einschränkungen gekennzeichnet waren, die Fahrgeldeinnahmen sich etwa auf den Wert des Vergleichszeitraums 2019 beliefen.

Auf Grundlage der beihilferechtlichen Entscheidung der EU-Kommission (sog. "ÖPNV-Corona-Rettungsschirm") haben Bund und Länder die dem öffentlichen Linienverkehr zuzuordnenden Erlösausfälle (nicht jedoch die zusätzlichen Kosten z.B. für Arbeitsschutz und Hygienemaßnahmen) ausgeglichen. Für das Jahr 2021 betrugen diese für die PRG 920 T€ abzüglich ersparter Aufwendungen i.H.v. 16 T€.

Nicht Bestandteil der o.g. Ausgleichszahlungen aus dem sog. "ÖPNV-Corona-Rettungsschirm" waren Schäden infolge behördlich angeordneter Einschränkungen und Verbote in den Geschäftsbereichen außerhalb des Linienverkehrs. Diese betrugen im Jahr 2021 insgesamt 335 T€.

Ein Ausgleich der o.g. Erlösausfälle (abzüglich reduzierter Aufwendungen) erfolgte durch den Landkreis Greiz als Gesellschafter der PRG, da das Unternehmen selbst aufgrund der Gesellschafterstruktur keinen Zugang zu anderen Hilfs- bzw. Unterstützungsprogrammen hat.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betrugen im Berichtsjahr 1.852 T€, wobei das Ergebnis einerseits durch die Erträge der o.g. Ausgleichszahlungen für COVID-19-bedingte Schäden sowie durch die Veräußerung des nicht mehr benötigten Betriebshofs in Zeulenroda bedingt ist.

Da das Unternehmen aufgrund seines Charakters als Versorgungsunternehmen nicht in der Lage ist, durch eigene Einnahmen aus Umsatzerlösen die Kosten zu decken, waren öffentliche Ausgleichszahlungen erforderlich, um eine bedarfsgerechte Verkehrsbedienung im öffentlichen Personennahverkehr zu sichern:

- in T€ -	2020	2021
Ausgleichsleistungen entsprechend Öffentlichem Dienstleistungsauftrag ab 01.09.2018	2.078	2.317
darin enthalten: Finanzhilfen des Landes	622	659
Gesellschafterzuschuss nach Bundesregelung Kleinbeihilfen		
- für Investitionen	300	0
- Corona-Ausgleichszahlungen für Schäden in Betriebszweigen außerhalb des ÖPNV	300	335
Ausgleichszahlungen des Landes (§ 45a PBefG; §§ 228 ff. SGB IX)	884	999
Ausgleichszahlungen aus dem "ÖPNV-Corona- Rettungsschirm" Thüringen	545	904
Gesamt	4.107	4.555

Zum Zeitpunkt der Berichtsaufstellung laufen die Verhandlungen für die Fortschreibung des Tarifvertrages. Unter Berücksichtigung der aktuellen Unsicherheiten (Nachwirkung der COVID-19-Pandemie, hohe Inflation u.a. infolge der Lieferschwierigkeiten und des Ukraine-Konflikts) konnte ein wieder für zwei Jahre gültiger Tarifabschluss erzielt werden, der über die Gesamtlaufzeit eine Tarifsteigerung von 7,4 % vorsieht. Vor dem Hintergrund der mittlerweile unter dem Eindruck der Inflation seitens der Gewerkschaften geforderten Lohnerhöhung kann dieser Abschluss aus Sicht der Gesellschaft noch als "moderat" bezeichnet werden.

Der Materialaufwand betrug im Berichtszeitraum 1.268 T€. Der Aufwuchs wird überwiegend durch den Anstieg der Kosten für Traktionsenergie hervorgerufen. Hierbei wirkt sich aus, dass infolge der COVID-19-Pandemie und der weltweit geringeren Nachfrage nach Erdölprodukten im Vergleichszeitraum des Vorjahres, insbesondere im II. und III. Quartal 2020, ein insgesamt sehr niedriges Preisniveau beim Bezug von Dieselkraftstoff zu beobachten war.

Chancen - Risiken - Ausblick:

Zum 01.09.2018 trat ein neuer öffentlicher Dienstleistungsauftrag (ÖDA) in Kraft. Dieser hat eine aktualisierte Kalkulation der Aufwendungen und Erlöse für die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Grundlage und gewährleistet somit eine auskömmliche, zugleich aber auch den beihilferechtlichen Bestimmungen genügende Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Verkehrsleistungen. Sämtliche Genehmigungen nach PBefG wurden der PRG für 10 Jahre erteilt, somit besteht Planungssicherheit hinsichtlich der Auftrags- und Geschäftsgrundlage. In Abstimmung mit dem Aufgabenträger wurde zum 13.08.2018 ein neues Angebots- und Fahrplankonzept umgesetzt. Ziele waren insbesondere die Verbesserung Verkehrsangebots auf (potentiell) nachfragestarken Linien zwischen zentralen Orten im Landkreis Greiz sowie angrenzenden Landkreisen (insbesondere und Reichenbach/Vogtl.) und im Stadtverkehr Greiz sowie eine stärkere Ausrichtung des Fahrplans auf die Anschlüsse zum SPNV an wichtigen Knotenpunkten, um durchgehende Reiseketten im ÖPNV und damit auf nachfragestarken Achsen ein Mobilitätsangebot auch unabhängig vom eigenen Pkw anbieten zu können. In der Folge gelang es, die Fahrgastzahlen zu stabilisieren bzw. zu steigern. Dieses Angebotskonzept soll prinzipiell beibehalten werden.

Weiterhin ist beabsichtigt, gemeinsam mit der RVW Regionalverkehr Westsachsen GmbH und den beiden beteiligten Aufgabenträgern (LK Greiz, LK Zwickau) wieder eine durchgehende Verbindung Greiz – Reudnitz – Fraureuth – Werdau (geplant ab 12/2022) einzuführen.

Aufbauend auf der Novelle des PBefG vom August 2021, mit welcher erstmals für vollflexibilisierte Angebotsformen eine Genehmigungsrechtliche Grundlage geschaffen wurde, startete im Dezember 2021 der Rufbus rund um die Stadt Elsterberg sowie die zur Stadt Greiz gehörenden Ortsteile im vogtländischen Oberland. Die Fahrgäste können den Rufbus innerhalb des angebotenen Bedienzeitraums mit einem zeitlichen Vorlauf von mindestens 1 Stunde zu jeder beliebigen Zeit bestellen.

Im Mai des Berichtsjahres wurde der bisherige kilometerabhängige Beförderungstarif zu einem Verbundtarif mit Tarifzonen weiterentwickelt. Seither bildet das Liniennetz der 4 in der Verkehrsgemeinschaft des Landkreises Greiz zusammengefassten Unternehmen ein zusammenhängendes Beförderungsnetz, in welchem für jede Start-Ziel-Beziehung nur ein gegenseitig anerkanntes Ticket ausgegeben wird, unabhängig, wie oft der Fahrgast hierbei umsteigen muss und mit welchen Verkehrsunternehmen die einzelnen Teilstrecken zurückgelegt werden. Die gegenseitige Einnahmeaufteilung haben die Beteiligten Verkehrsunternehmen in einem Kooperationsvertrag geregelt.

Zum Zeitpunkt der Berichtaufstellung ist absehbar, dass der Geschäftsverlauf 2022 – neben den nach wie vor bestehenden Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in erheblichem Umfang von internationalen bzw. politischen Geschehnissen beeinflusst wird, auf welche die Gesellschaft keinen Einfluss und auch nur in sehr begrenztem Umfang Reaktionsmöglichkeiten hat.

Für das Geschäftsjahr 2022 rechnet die Gesellschaft mit einem leicht negativen Ergebnis, da auch in 2022 noch nicht mit einem Erreichen des "Vor-Corona-Niveaus" im Hinblick auf die Verkehrsnachfrage gerechnet wird. Im Falle, dass kein vollständiger Ausgleich der Erlösausfälle in Folge des politisch gewollten "9-Euro-Tickets" sowie bei einer fehlenden finanziellen Unterstützung im Hinblick auf die Bewältigung der nicht durch die Gesellschaft zu

verantwortenden Preissteigerungen ist eine Verschlechterung des Ergebnisses gegenüber dem Wirtschaftsplan nicht auszuschließen.

In Folge des geänderten Verkehrs- und Fahrplankonzepts und des daraus resultierenden, deutlich geringeren Einsatzbestands an Bussen kann die Größenordnung für die Ersatzbeschaffung von Bussen von bislang 4 auf 3 Busse pro Jahr reduziert werden.

Die künftige Entwicklung des Kerngeschäfts der Gesellschaft, der Erbringung von öffentlichem Linienpersonennahverkehr, wird maßgeblich von der demografischen Entwicklung im Bediengebiet beeinflusst werden. Die Bevölkerungsvorausberechnung des statistischen Landesamts geht für den Landkreis Greiz im Zeitraum bis 2025 von einem Bevölkerungsrückgang von 12,8 % aus. Von dieser Entwicklung werden die ländlich geprägten Gebiete voraussichtlich stärker betroffen sein als die Städte Greiz und Zeulenroda-Triebes.

Die demografische Entwicklung stellt für die Gesellschaft sowohl Chancen als auch Risiken dar. Chancen bestehen insbesondere, wenn es der PRG einerseits gelingt, den Ressourceneinsatz zu den bemessungsrelevanten Spitzenzeiten künftig infolge absehbar geringerer Schülerzahlen zu verringern und gleichmäßiger über den Tag zu verteilen, und andererseits neue Fahrgastpotentiale zu erschließen.

Die Aufwendungen der Gesellschaft werden maßgebend bestimmt durch die Entwicklung der Personal- sowie Materialaufwendungen, die durch die PRG nur bedingt beeinflussbar sind. Die Potenziale zur Optimierung des Personaleinsatzes sind mittlerweile weitgehend aufgezehrt. Der neue Tarifabschluss sieht für den Zeitraum von 2022 bis 2024 eine Steigerung der Bezüge um 7,4 % (über die Gesamtlaufzeit) vor.

Zur Umsetzung der notwendigen Investitionsmaßnahmen ist die Gesellschaft auch künftig auf die Inanspruchnahme von Fördermitteln angewiesen, bisher gewährte der Freistaat Thüringen über die ÖPNV-Investitionsrichtlinie eine vergleichsweise großzügige Investitionsförderung. Bereits gegenwärtig ist vor dem Hintergrund geänderter Bund-Länder-Finanzbeziehungen eine deutlich zurückhaltende Förderung bzw. stark geänderte Prioritätensetzung seitens des Freistaates Thüringen zu verzeichnen, sodass die Gesellschaft davon ausgeht, dass sich der Bedarf von eigenen Finanzmitteln zur Finanzierung der notwendigen Ersatzinvestitionen erhöhen wird. Hierfür bedarf es dann aber auch einer entsprechenden Mittelausstattung der Gesellschaft. Es bleibt an dieser Stelle abzuwarten, ob es dem Freistaat Thüringen gelingen wird, eine verlässliche und nachhaltige ÖPNV-Förderpolitik zu entwickeln.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2021 bis 31.12.2021 von der FIDAIX Schuler & Kollegen GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Einwendungen.

Ausgewählte Kennziffern der PRG 1:

Bilanz	2019 T€	2020 T€	2021 T€	Änderung zum Vorjahr
Anlagevermögen	2.847	2.893	2.476	- 417
Umlaufvermögen	1.007	1.350	2.193	843
Eigenkapital	697	737	1.206	469
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	486	405	324	- 81
Rückstellungen	252	381	382	1
Verbindlichkeiten	2.419	2.721	2.692	- 25
Bilanzsumme	3.854	4.243	4.679	436
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse	6.076	5.384	5.799	415
Personalaufwand	3.553	3.913	4.231	318
Materialaufwand	1.443	1.158	1.268	110
Abschreibungen	513	551	628	77
sonstiger betrieblicher Aufwand	1.042	1.134	1.024	- 110
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	29	26	33	7
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-285	40	469	429
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%) ²	31	27	33	6
Beschäftigte Ø	88	92	93	1
Fahrplankilometer LK Greiz (Tkm) ³	2.252	2.095	2.083	- 12
Tariferlöse je FPK (€) ³	1,00	0,88	0,90	0,02
Materialaufwand je FPK (€)³	0,44	0,42	0,49	0,07
Personalaufwand je FPK (€)³	1,45	1,78	1,93	0,15

Rundungsdifferenzen möglich
 ² Eigenkapital / Gesamtkapital, wobei der Sonderposten aus Zuwendungen in das Eigenkapital mit eingerechnet wurde
 ³ Betrifft nur öffentlichen Linienverkehr im Landkreis Greiz.

3.2.2 Regionalverkehr Gera/Land GmbH (RVG)

Sitz und Anschrift des Unternehmens

RVG Regionalverkehr Gera/Land GmbH Telefon: 0365-824560
Leibnizstraße 74 Telefax: 0365-8245625
07548 Gera E-Mail: info@rvg-gera.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde 23. November 1992 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 202722) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 08. August 2012 (mit notarieller Beurkundung Nr. 956/2012 des Notariats Schwarzer).

Zeichen der Genehmigung: 204.4 – 1515.01 – 001/98 - GRZ

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand: 31.12.2021):

Dr. Stefan Meißner Geschäftsführer Angela Rose Einzelprokura

Von der Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB abgesehen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2021):

Vorsitzende Frau Martina Schweinsburg Landrätin

Stellv. Vorsitzender Herr Kai Dittmann Kreistagsmitglied weitere Mitglieder Herr Dr. Bernd Grünler Sachverständiger Herr Dirk Bergner Kreistagsmitglied

Herr Bodo Scheffel Sachverständiger
Herr Torsten Braun Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied

Die Vergütung des Aufsichtsrates im Jahr 2021 betrug 550,00 € (Vj. 500,00 €).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist der Landkreis Greiz. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2021 beträgt 650.000,00 Euro. Der Landkreis als Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung vom Landrat vertreten. Der Landrat handelt im Auftrag des Kreistages.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens sind die Übernahme, Einrichtung und Betrieb von Personenverkehren nach dem Personenbeförderungsgesetz sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar und mittelbar zu dienen geeignet sind, wie Tankstelle, Werkstatt, Fahrzeugwäsche, Reisebüro.

Die Tätigkeit erstreckt sich hauptsächlich auf den Nahverkehrsraum Gera, der im Wesentlichen das Gebiet des Landkreises Greiz und der Stadt Gera umfasst. Der Nahverkehrsraum bzw. das zugehörige Liniennetz darf nur mit Zustimmung der Gesellschafter geändert werden.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung des vorgenannten Gegenstandes des Unternehmens dienen. Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten. Die Gesellschaft kann Interessengemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit Verkehrsunternehmen bzw. Verkehrsgesellschaften abschließen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Regionalverkehr Gera/Land GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem geltenden Nahverkehrsplan des Landkreises Greiz. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem absehbaren Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Das Unternehmen besteht als juristisch selbstständige Person in GmbH - Form. Die Regionalverkehr Gera/Land GmbH betreibt ein Busunternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs. Gegenstand des Unternehmens sind Übernahme, Einrichtung und Betrieb von Personenverkehr nach dem Personenbeförderungsgesetz sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und sonstigen Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind, wie Tankstelle, Werkstatt, Fahrzeugwäsche und Reisebüro. Haupttätigkeiten sind insbesondere der Linien- und Schülerverkehr. Die regionalen Linien verbinden zentrale Orte des Landkreises untereinander und mit denen angrenzender Landkreise bzw. mit der Stadt Gera. Zur weiteren Auslastung der Omnibusse werden Leistungen im Vertrags- und Gelegenheitsverkehr erbracht. Die RVG besitzt Genehmigungen für den Betrieb von 15 Regionalverkehrslinien im Landkreis Greiz sowie für zwei Stadtverkehrslinien in Gera.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Das Jahr 2021 stand - wie bereits das vorherige Jahr auch - im Zeichen der noch anhaltenden epidemischen Lage im Zusammenhang mit COVID-19. Infolge der zu ihrer Eindämmung behördlich angeordneten und sehr umfangreichen Beschränkungen des öffentlichen Lebens -Schulen. Geschäften. (Teil-)Schließungen von Freizeit-Handelseinrichtungen - war der öffentliche Personennahverkehr deutschland- und europaweit von massiven Fahrgastrückgängen im Linienverkehr betroffen. Eine gewisse Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage konnte nur über die Sommermonate verzeichnet werden, welche kaum von Einschränkungen gekennzeichnet waren. Aufträge aus anderen Geschäftsfeldern, z.B. Schulsonderfahren und touristischer Verkehr, blieben aufgrund der bestehenden Beschränkungen sowie der Unsicherheit der Kunden weit hinter den Umfängen des letzten Vor-Pandemie-Jahres 2019 zurück.

Das Berichtsjahr war durch die Fortführung des 2019 begonnenen Umstrukturierungsprozesses geprägt, der auch in den Folgejahren weiter fortgesetzt werden muss, um eine dauerhafte Stabilität der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens bei gleichzeitiger betrieblicher und technischer Sicherstellung der dem Unternehmen obliegenden gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen weiterhin gewährleisten zu können. Dabei bilden der im Dezember 2019 in Kraft getretene ÖDA, die Integration des Bediengebiets "Gera-Nord" als eigener konzessionierter Linienverkehr in das RVG-Netz sowie die neu erteilten Liniengenehmigungen nunmehr eine langfristige und belastbare Planungs- und Finanzierungsgrundlage.

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresergebnis von -193 T€ ab. Der Bilanzverlust beläuft sich zum Stichtag 31.12.2021 auf –324 T€. Der Betrieb der Tankstelle trägt mit einem Spartenergebnis von 4 T€ zum Gesamtergebnis bei.

Da zum Zeitpunkt der Planaufstellung für das Jahr 2021 die weitere Entwicklung der pandemischen Situation noch nicht absehbar war, resultieren zwischen den Planansätzen und den Ergebnissen 2021 mitunter erhebliche Unterschiede. Bedingt durch die eingangs beschriebenen Einschränkungen und deren Auswirkungen auf die Fahrgastnachfrage sind die Erlöse in allen Geschäftsfeldern hinter den Planwerten zurückgeblieben. Da die Schulen im Notbetrieb zumindest für die Abschlussklassen geöffnet waren, ließen sich - anders als noch im Jahr 2020 – umfangreiche Fahrplananpassungen als Reaktion auf die reduzierte Nachfrage nicht mehr umsetzen. Es mussten Ausfallentschädigungen auf Grundlage der Beihilfenrechtsentscheidungen der EU- Kommission bzw. SA.57675 vom 07.08.2020 (ÖPNV-Rettungsschirm)) in Anspruch genommen werden. Durch diese ist es weitgehend gelungen, pandemiebedingte Einnahmeausfälle abzüglich eigener Einsparungen ausgleichen zu können. Die Gewährung entsprechender Beihilfen war und ist Voraussetzung, um unter den Einflüssen der COVID-19-Pandemie die Versorgung mit öffentlichen Personenverkehrsdiensten aufrecht erhalten zu können.

Die Gesellschaft hat im Berichtszeitraum Verkehrsleistungen in einer Größenordnung von 1.732 Tsd. km erbracht, dies sind nur etwa 106,1 Tsd. km mehr als im Vorjahr. Der Zuwachs ist dadurch begründet, dass im Jahr 2020 das Angebot im Linienverkehr (insbesondere in den Monaten März/April) infolge des COVID-19-bedingten "Lockdowns" massiv eingeschränkt wurde, während im Berichtsjahr 2021 das planmäßige Fahrtenangebot im Linienverkehr

weitgehend aufrechterhalten wurde. Dies war auch aufgrund des Notbetriebes der Schulen bzw. Kindertagesstätten erforderlich, wenngleich die Nachfrage deutlich unter jener des letzten "Vor-Corona-Jahres" 2019 lag.

Nachdem infolge der Umsetzung des neuen Verkehrskonzepts im Dezember 2019 der notwendige Einsatzbestand an Bussen verringert werden konnte, beläuft sich dieser zum Stichtag 31.12.2021 auf 30 Busse. Neu beschafft wurden im Berichtsjahr 2021 drei Standardbusse (Investitionsvolumen: 663 T€); im Gegenzug konnten 3 ältere Busse ausgesondert werden. Das Durchschnittsalter der Fahrzeuge belief sich zum Bilanzstichtag auf 7,5 Jahre (Vj. 9,4 Jahre), wovon 80% niederflurig waren (Vj. 69%). Weitere Anschaffungen betrafen die Erneuerung der Betriebsleit- und Vertriebstechnik, die Erneuerung des Tachoprüfstandes, Soft-/ Hardware und Büroausstattung sowie die Werkstattausrüstung.

Die bereits in den Vorjahren eingeschlagene "Drei-Säulen-Strategie" (Ausbildung und Übernahme von Auszubildenden, externe Besetzung, Qualifizierung von Quereinsteigern) zur dauerhaften Sicherung des notwendigen Personalbestands hat sich bewährt. Gleichwohl zeigten sich im Bereich der Qualifizierung, wozu bislang auf externe Firmen zurückgegriffen werden musste, zunehmend Probleme hinsichtlich der zeitlichen Verfügbarkeit von und inhaltliche Tiefe entsprechenden Kursangeboten, deren Dauer sowie Finanzierungsschwierigkeiten für die Teilnehmer. Daher hat sich die RVG zur Etablierung einer auf die betrieblichen Anforderungen ausgerichteten Fahrschule entschlossen. Die Einrichtung einer betriebsinternen Fahrschule stellt einen wesentlichen Baustein im Hinblick auf eine erfolgreiche Arbeitskräftegewinnung und -sicherung dar.

Die Vermögenslage:

Der überwiegende Teil des Vermögens der Gesellschaft ist in Anlagevermögen gebunden, der Netto-Buchwert des Anlagevermögens belief sich zum Bilanzstichtag auf 2.532 T€. Das Anlagevermögen ist vollständig durch Eigenkapital sowie mittel- und langfristige Verbindlichkeiten gedeckt. Der wertmäßige Bestand an Vorräten lag zum Bilanzstichtag bei 43 T€. Die Höhe der Forderungen beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 1.421 T€. Hierin enthalten sind auch Ausgleichszahlungen für COVID-19-bedingte Schäden in Höhe von 303 T€, welche erst nach dem Bilanzstichtag liquiditätswirksam werden. Der Bestand liquider Mittel belief sich zum Bilanzstichtag auf 27 T€. Unter Berücksichtigung der mittelfristigen Finanzplanung sowie der geplanten Ein- und Auszahlungen ist die Gesellschaft in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Die Bilanzsumme zum 31.12.2021 beträgt 4.050 T€.

Im Berichtszeitraum hat die Gesellschaft Investitionen in Höhe von 1.407 T€ getätigt. Abzüglich erhaltener Fördermittel in Höhe von 719 T€ betrugen die Netto-Investitionen der RVG 788 T€.

Das Eigenkapital beträgt 492 T€. Die Eigenkapitalquote liegt bei 12 % (Vorjahr 19 %).

Die Finanzlage:

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 3.330 T€, wovon der überwiegende Teil auf Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten aus Finanzierungstätigkeiten von Investitionen zurückzuführen ist (1.510 T€).

Die Finanzlage des Unternehmens ist stabil. Auf die veränderte finanzielle Lage infolge der COVID-19-Pandemie und der hieraus resultierenden Erlösausfälle hat die Gesellschaft durch Verhandlungen einerseits mit Gläubigern über die Streckung von Zahlungszielen, andererseits mit Schuldnern (insbesondere dem Freistaat Thüringen über die vorfristige Ausreichung der Ausgleichszahlungen nach § 45a PBefG) reagiert, bis Klarheit über den Erhalt von Hilfszahlungen aus dem sog. "ÖPNV-Corona-Rettungsschirm" bestand. Darüber hinaus wurden vorsichtshalber Vorbereitungen zur Anpassung der Höhe der Kontokorrentkreditlinie vorgenommen, welche aber nur bei Bedarf in Anspruch genommen wird. Durch diese Maßnahmen ist es gelungen, die Liquidität der Gesellschaft auch während der COVID-19-Pandemie zu sichern. Die Gesellschaft verfügt über einen zuverlässigen Kundenkreis; Forderungsausfälle sind die absolute Ausnahme.

Die Ertragslage:

Im Berichtszeitraum hat die Gesellschaft Erlöse in einer Höhe von insgesamt 6.290 T€ erzielt (Vj. 5.630 T€). Die Aufwendungen lagen bei 6.483 T€ (Vj. 5.482 T€), wobei hierin auch die Rückzahlung an den VMT in Höhe von 267 T€ als Einmal-Effekt enthalten ist. Das Jahresergebnis der RVG beträgt damit im Geschäftsjahr -193 T€ (Vj. 148 T€).

Den überwiegenden Anteil bilden die Fahrgeldeinnahmen im Linienverkehr. Im Berichtszeitraum betrugen diese 1.101 T€, was gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang bedeutet. Dieser ist einerseits auf die behördlich angeordneten Einschränkungen infolge der COVID-19-Pandemie zurückzuführen, wodurch infolge der Schließungen von Schulen, öffentliche Einrichtungen, Handels- und Freizeiteinrichtungen temporär drastische Nachfragerückgänge zu verzeichnen waren. Aufwendungen aus der Nachforderung der Neuermittlung des Einnahmeaufteilungsschlüssels im VMT-Gebiet werden in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen, dem jedoch erhöhte Ausgleichszahlungen der Stadt Gera entgegenstehen.

Im Mai 2021 wurde zwischen den vier im Auftrag des Landkreises Greiz im OPNV tätigen Verkehrsunternehmen ein Verbundtarif eingeführt und das bisherige sehr intransparente Tarifsystem durch einen einheitlichen Zonentarif abgelöst. Bei einer durchschnittlichen Preisanpassung von 6,6 % konnte die Tarifergiebigkeit für die RVG sogar um etwa 33 % gesteigert werden. So betrugen die Fahrgelderlöse (ohne VMT-Gebiet) trotz nach wie vor reduzierter Verkehrsnachfrage im Zeitraum von Juni bis November 2021 insgesamt 487 T€ (gegenüber 360 T€ im Vergleichszeitraum 2019), während sie in dem stark von COVID-19-bedingten Einschränkungen geprägten I. Quartal nur bei etwa 86 % des Niveaus von 2019 lagen.

Die Umsatzerlöse beinhalten auch die Erträge mit Zuschusscharakter in Höhe von 3.106 T€ (Vj. 2.600 T€). Die Erhöhung basiert auf Grundlage der Neuberechnung der Ausgleichszahlungen im Zusammenhang mit dem neuen ÖDA und wird in den kommenden Jahren weiter ansteigen. In dem Betrag enthalten sind auch die weitergeleiteten Zahlungen der Stadt Gera, welche über den Landkreis Greiz an die RVG für die Leistungserbringung im Bedienraum "Gera-Nord" ausgereicht werden.

Auf Grundlage der beihilferechtlichen Entscheidung der EU-Kommission SA.57675 vom 07.08.2020 (ÖPNV-Corona-Rettungsschirm) haben Bund und Länder die dem öffentlichen Linienverkehr zuzuordnenden Erlösausfälle (nicht jedoch die zusätzlichen Kosten z.B. für Arbeitsschutz und Hygienemaßnahmen) ausgeglichen. Die Erlösausfälle im Linienverkehr für das Jahr 2021 betrugen für die RVG - 312,9 T€ abzüglich reduzierter Aufwendungen i.H.v. 9,5 T€.

Nicht Bestandteil der o.g. Ausgleichszahlungen aus dem sog. "ÖPNV-Corona-Rettungsschirm" waren Schäden infolge behördlich angeordneter Einschränkungen und Verbote in den Geschäftsbereichen außerhalb des Linienverkehrs. Ein Ausgleich der o.g. Erlösausfälle (abzüglich reduzierter Aufwendungen) erfolgte durch den Landkreis Greiz als Gesellschafter der RVG, da das Unternehmen selbst aufgrund der Gesellschafterstruktur keinen Zugang zu anderen Hilfs- bzw. Unterstützungsprogrammen hat.

Da das Unternehmen aufgrund seines Charakters als Versorgungsunternehmen nicht in der Lage ist, durch eigene Einnahmen aus Umsatzerlösen die Kosten zu decken, waren öffentliche Ausgleichszahlungen erforderlich, um eine bedarfsgerechte Verkehrsbedienung im öffentlichen Personennahverkehr zu sichern:

- in T€ -	2020	2021
Ausgleichsleistungen nach Verkehrsfinanzierungs- und Verkehrsqualifizierungsvertrag; ab 01.12.2019	2.600	2.977
Offentlicher Dienstleistungsauftrag:	2.000	2.911
darin enthalten: aus Finanzhilfen des Landes	207	337
Gesellschafterzuschuss nach Bundesregelung		
Kleinbeihilfen		
- Corona-Ausgleichszahlungen für Schäden in Betriebszweigen außerhalb des ÖPNV	35	49
Ausgleichszahlungen des Landes (§ 45a PBefG; §§ 228 ff. SGB IX)	382	593
Ausgleichszahlungen aus dem "ÖPNV-Corona- Rettungsschirm" Thüringen	321	303
Gesamt	3.338	3.922

Den größten Anteil der betrieblichen Aufwendungen machen Personalaufwendungen sowie die entsprechenden Aufwendungen für die soziale Sicherung/Altersvorsorge aus (ca. 50 % der gesamten Aufwendungen). Die Personalaufwendungen liegen bei 3.266 T€. Der Anstieg wird überwiegend durch den letzten Lohnschritt, welcher in dem 2020 mit der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) vereinbarten Tarifabschluss vorgesehen war, begründet; andererseits aber auch mit einer deutlichen Einsparung von Personalaufwendungen im Jahr 2020 aufgrund der temporären Angebotsreduzierung infolge der COVID-19 Pandemie in 2020.

Zum Zeitpunkt der Berichtsaufstellung laufen die Verhandlungen für eine Fortschreibung des Tarifvertrages. Unter Berücksichtigung der aktuellen Unsicherheiten (Nachwirkung der COVID-19-Pandemie, hohe Inflation u.a. infolge von Lieferschwierigkeiten und des Ukraine-Konflikts) konnte ein wieder für zwei Jahre gültiger Tarifabschluss erzielt werden, der über die Gesamtlaufzeit eine Tarifsteigerung von 7,4 % vorsieht.

Der Materialaufwand betrug im Berichtszeitraum insgesamt 1.518 T€. Damit liegt der Wert etwa auf dem Niveau von 2019, wobei sich im Jahr 2020 einerseits die geringe Betriebsleistung und andererseits ein noch vergleichsweise geringer Kraftstoffbezugspreis begünstigend ausgewirkt hatten. Allein die Aufwendungen für Traktionsenergie haben sich auf 638 T€ erhöht (Vj. 483 T€). Demgegenüber konnten die Aufwendungen für bezogene Leistungen durch höhere Eigenerbringungsquote deutlich reduziert werden.

<u>Chancen – Risiken - Ausblick:</u>

In enger Abstimmung mit dem Aufgabenträger wurde zum 01.12.2019 ein neues Angebots- und Fahrplankonzept umgesetzt. Ziele waren einerseits die Verbesserung des Verkehrsangebots auf nachfragestarken Linien zwischen zentralen Orten im Landkreis Greiz sowie im Zulauf auf die Stadt Gera als Oberzentrum, andererseits aber auch eine stärkere Ausrichtung des Fahrplans auf die Anschlüsse zum SPNV an wichtigen Knotenpunkten, um durchgehende Reiseketten im ÖPNV und damit auf nachfragestarken Achsen ein Mobilitätsangebot auch unabhängig vom eigenen Pkw anbieten zu können. So wurde u.a. mit der Linie 201 zwischen Münchenbernsdorf und Hermsdorf-Klosterlausnitz auch eine komplett neue Linie geschaffen, für welche ein Potential im Berufs-, Ausbildungs- und Versorgungsverkehr gesehen wird. Zudem wurde mit der partiellen Integration von Stadt- und Regionalbusverkehren in den nördlichen Ortsteilen der Stadt Gera eine ÖPNV-Struktur geschaffen, welche sowohl für die Stadt Gera als auch den Landkreis Greiz eine langfristig finanziell günstigere Lösung (in Bezug auf die erforderliche Höhe von Ausgleichszahlungen) bei einer gleichzeitig verbesserten Anbindung des Umlands an die Stadt Gera darstellt. Mit diesem Schritt konnte für die Gesellschaft zudem eine langfristige Planungsgrundlage zur Weiterbedienung des "Nordnetzes" der Stadt Gera in nunmehr eigener Regie geschaffen werden, bei welchem die RVG bisher von der GVB Verkehrs- und Betriebsgesellschaft Gera mbH abhängig war. Zwischenzeitlich lässt sich einschätzen, dass die Fahrgastnachfrage - trotz der Verzerrungen infolge der COVID-19-Beschränkungen - über dem Niveau des Vergleichszeitraums aus dem Jahr 2019 liegt. Durch die Anbindungen des neuen Logistik-Standorts "Amazon" im Gewerbegebiet Gera-Cretzschwitz/Hermsdorf sowie der Gewerbegebiete Ronneburg und Beerwalde konnte die ÖPNV-Nutzung weiter erhöht werden.

Ebenso ist zum 01.12.2019 ein neuer ÖDA in Kraft getreten. Dieser basiert auf einer aktualisierten Kalkulation der Aufwendungen und Erlöse für die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung und gewährleistet somit eine auskömmliche, zugleich aber auch den beihilferechtlichen Bestimmungen der VO (EG) 1370/2007 (bzw. der VO (EU) 2016/2338) genügende Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Verkehrsleistungen. Darüber hinaus berücksichtigt das Verfahren zur Ermittlung der Höhe der Ausgleichsleistungen künftig auf einer transparenten Basis inflationsbedingte Aufwandssteigerungen.

Insbesondere in der konsequenten Flexibilisierung des ÖPNV-Angebots abseits des ÖPNV-Hauptnetzes besteht nach Auffassung der Gesellschaft eine Möglichkeit, die Qualität und Verfügbarkeit des öffentlichen Nahverkehrs im ländlichen Raum zu verbessern und gleichzeitig Kosten für die Leistungserstellung zu reduzieren. Den Ansatz hierfür bildet die erfolgte Novellierung des PBefG, welche nunmehr auch in der Betriebsform des ÖPNV (nahezu) vollständig flexibilisierte Verkehrsangebote zulässt.

Infolge des geänderten Verkehrs- und Fahrplankonzepts und des daraus resultierenden deutlichen geringeren Einsatzbestands an Bussen kann die Größenordnung für die Ersatzbeschaffung von Bussen von bislang durchschnittlich vier Fahrzeugen pro Jahr auf durchschnittlich zwei bis drei Busse pro Jahr reduziert werden. Dabei ist bei der Angebotsgestaltung besonderer Wert darauf zu legen, abseits der o.g. Hauptnetzachsen die Linien, Fahrtzeiten und Anschlussbeziehungen so zu entwickeln, dass der Einsatz kleinerer Gefäßgrößen möglich wird – langfristig bis hin zu autonom fahrenden (Midi-)Bussen.

Für das Jahr 2022 ist die Neubeschaffung von 2 Linienbussen vorgesehen. Dabei stehen nach gegenwärtigem Stand mit Ausnahme des Verbrennungsmotors (Diesel EURO VI) keine praxistauglichen alternativen Antriebskonzepte zur Verfügung. Die aus hiesiger Sicht noch am ehesten einsatzfähige und verfügbare Erdgas-Antriebstechnologie erfährt schon seit mehreren Jahren keine Förderung seitens des Freistaats Thüringen mehr. Insofern bleibt die nationale Umsetzung der "Green-Vehicle-Directive" der Europäischen Kommission abzuwarten. Sollte diese auch für den Regionalbusverkehr mit Tageslaufleistungen von über 450 km pro Fahrzeug Geltung erlangen, dürfte das schlagartig zu einer Verfünf- bis Versechsfachung der Investitionskosten im Fahrzeugbereich führen.

Das weitere Andauern der pandemischen Lage sowie der zu ihrer Eingrenzung getroffenen Beschränkungen des öffentlichen Lebens wird auch in 2022 betriebliche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Fahrbetriebs und zur Sicherung der Liquidität erforderlich machen. Nach wie vor ist die RVG darauf angewiesen, dass die hierdurch bedingten finanziellen Schäden vollumfänglich ausgeglichen werden; anderenfalls ist die dauerhafte Aufrechterhaltung des ÖPNV-Betriebs nicht gewährleistet.

Im Geschäftsjahr 2022 wird mit einem leicht positiven Ergebnis gerechnet, welches die Auswirkungen der Corona-Pandemie und mögliche Ausgleichszahlungen berücksichtigt. Da sich die pandemische Lage auch im Jahresverlauf ändern kann, ist die Prognose mit deutlichen Unsicherheiten verbunden.

Die künftige Entwicklung des Kerngeschäfts der Gesellschaft, der Erbringung von öffentlichem Linienpersonennahverkehr mit Bussen, wird maßgeblich von der demografischen Entwicklung im Bediengebiet der RVG beeinflusst werden. Die Bevölkerungsvorausberechnung des statistischen Landesamts geht für den Landkreis Greiz im Zeitraum bis 2025 von einem Bevölkerungsrückgang von 12,8 % aus. Von dieser Entwicklung werden die ländlich geprägten Gebiete voraussichtlich stärker betroffen sein als die größeren Städte. Die demografische Entwicklung stellt für die Gesellschaft sowohl Chancen als auch Risiken dar. Chancen bestehen insbesondere, wenn es der RVG einerseits gelingt, den Ressourceneinsatz zu den bemessungsrelevanten Spitzenzeiten künftig infolge absehbar geringerer Schülerzahlen zu verringern und gleichmäßiger über den Tag hinweg zu verteilen und andererseits neue Fahrgastpotentiale zu erschließen. Der infolge der demografischen Entwicklung zu erwartende Rückgang bei den Schülerzahlen wird sich vermutlich negativ auf die Ertragslage der Gesellschaft auswirken. Zudem ist die Höhe der Ausgleichszahlungen gemäß § 45a PBefG u.a. direkt proportional von der Anzahl der Beförderungsfälle im Schülerverkehr abhängig.

Die Gesellschaft geht nach den bislang weitgehend positiven Erfahrungen mit dem neuen Fahrplankonzept davon aus, dass durch die oben genannten Modifizierungen des Angebots eine weitere Stabilisierung der Erlösseite erfolgen kann und andererseits eine Optimierung der Aufwendungen für die Leistungserstellung möglich ist. Bereits infolge der Umsetzung des neuen

Konzepts konnte der Umfang der kurz- bis mittelfristig notwendigen Ersatzinvestitionen auf ein für die Gesellschaft leistbares Maß angepasst werden.

Die Aufwendungen der Gesellschaft werden maßgebend bestimmt durch die Entwicklung der Personalsowie Materialaufwendungen. Die Potentiale zur "Optimierung" Personaleinsatzes sind mittlerweile weitgehend aufgezehrt; zudem wird die Bewerberlage auf dem Arbeitsmarkt absehbar die Unternehmen weiter unter Druck in Bezug auf Arbeitsbedingungen und Entlohnung setzen. Der neue Tarifabschluss sieht für den Zeitraum von 2022 bis 2024 eine Steigerung der Bezüge um +7,4% (über die Gesamtlaufzeit) vor. In Anbetracht der aktuellen Lohnforderungen der Gewerkschaften erscheint dieser Tarifabschluss noch vergleichsweise moderat. Im Falle einer anhaltend hohen Inflation ist anzunehmen, dass zukünftig tarifliche Forderungen weitaus höher liegen werden bzw. Tarifabschlüsse nur noch über kürzere Zeiträume erfolgen, was die Planungssicherheit für die Firma beeinträchtigt.

Kurzfristig stellen die erheblichen Preissteigerungen eine große Unsicherheit in Bezug auf die künftige Geschäftsentwicklung dar. Sofern sich die Bezugspreise dauerhaft auf dem zum Zeitpunkt der Berichtsaufstellung (März 2022) herrschenden Niveau verharren, zieht dies die Notwendigkeit einer dauerhaft höheren Finanzierungsbasis nach sich. Einerseits kann dies durch eine Anhebung der Fahrpreise erreicht werden, wobei allein die gestiegenen Kraftstoffpreise kurzfristig Fahrpreiserhöhungen von etwa 25% nach sich ziehen müssten, um den Effekt auszugleichen. Eine solche Entwicklung erscheint jedoch am Markt nicht durchsetzbar; gleichwohl wird die Preisentwicklung spätestens ab dem Jahr 2023 anteilig auf die Fahrpreise umgelegt werden müssen. Darüber hinaus wird die Preisentwicklung aber auch ein stärkeres finanzielles Engagement der öffentlichen Hand nach sich ziehen müssen; anderenfalls ist die Leistungserstellung im ÖPNV gefährdet. Gegenwärtig nicht beurteilen lässt sich, inwiefern die finanzielle Mehrbelastung des Aufgabenträgers eine Reduzierung des Verkehrsangebots nach sich ziehen könnte und damit zu eventuellen Einschnitten im Hinblick auf die Vorhaltung von Personal- und Fahrzeugkapazitäten führt.

Zur Umsetzung der notwendigen investiven Maßnahmen ist die Gesellschaft auch künftig auf die Inanspruchnahme von Fördermitteln angewiesen. Bisher gewährte der Freistaat Thüringen eine vergleichsweise großzügige Investitionsförderung. Bereits gegenwärtig ist – vor dem Hintergrund geänderter Bund-Länder-Finanzbeziehungen – eine deutlich zurückhaltendere Förderung bzw. eine stark geänderte Prioritätensetzung seitens des Freistaats Thüringen zu verzeichnen, sodass die Gesellschaft davon ausgeht, dass sich der Bedarf von eigenen Finanzmitteln zur Finanzierung der notwendigen Ersatzinvestitionen erhöhen wird. Hierfür bedarf es dann aber auch einer entsprechenden Mittelausstattung der Gesellschaft.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2021 bis 31.12.2021 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft FIDAIX Schuler & Kollegen GmbH geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Einwendungen.

Ausgewählte Kennziffern der RVG 1:

Bilanz	2019 T€	2020 T€	2021 T€	Änderung zum Vorjahr
Anlagevermögen	2.380	2.309	2.532	223
Umlaufvermögen	636	1.278	1.491	213
Eigenkapital	537	685	492	- 193
Rückstellungen	262	295	228	- 67
Verbindlichkeiten	2.217	2.439	3.331	892
Bilanzsumme	3.016	3.616	4.050	434
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse	4.975	5.177	5.758	581
Personalaufwand	2.763	2.753	3.266	513
Materialaufwand	1.520	1.383	1.518	135
Abschreibungen	433	454	465	11
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	26	30	33	3
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	- 382	148	-192	-340
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%)	18	19	12	- 7
Beschäftigte Ø	61	65	71	6
Fahrplankilometer LK Greiz (Tkm) ²	1.074	1.641	1.737	95
Tariferlöse je FPK (€)²	0,75	0,78	0,48	- 0,30
Materialaufwand je FPK (€)²	0,41	0,37	0,45	0,08
Personalaufwand je FPK (€)²	1,63	1,58	1,79	0,21

 1 Rundungsdifferenzen möglich 1 Rundungsdifferenzen möglich 2 Betrifft nur öffentlichen Linienverkehr im Landkreis Greiz

3.2.3 GRZ Service und Verwaltungsgesellschaft GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

GRZ Service- und Telefon: 03661-70650 Verwaltungsgesellschaft mbH Telefax: 03661-706526

Geraer Straße 7 E-Mail: <u>grz-svg@prg-greiz.de</u>

07973 Greiz

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde 28. Januar 2003 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 209759) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 08.04.2015 (mit notarieller Beurkundung Nr. 444/2015 des Notariats Schwarzer).

Zeichen der Genehmigung: 240.1-1515-1/15 GRZ.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand 31.12.2021):

Dr. Stefan Meißner Geschäftsführer Angela Rose Einzelprokura

Von der Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB abgesehen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2021):

Vorsitzende Frau Martina Schweinsburg Landrätin

Stellv. Vorsitzender Herr Kai Dittmann Kreistagsmitglied

Herr Dr. Bernd Grünler Sachverständiger
Herr Dirk Bergner Kreistagsmitglied
Herr Bodo Scheffel Sachverständiger
Herr Torsten Braun Kreistagsmitglied

Die Vergütung des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2021 betrug 0,00 € (Vj.: 0,00 €).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist der Landkreis Greiz. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2021 beträgt 26.000,00 Euro. Der Landkreis als Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung vom Landrat vertreten. Der Landrat handelt im Auftrag des Kreistages.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist zum einen die Verwaltung und Betriebsführung von Unternehmen mit kommunaler Beteiligung. Hierzu gehört insbesondere die vollständige Übernahme folgender unternehmerischer Aufgaben:

- die Planung und Verwaltung der Finanzen und des Personals
- die Erarbeitung der Wirtschaftsplanungen
- die Durchführung betriebswirtschaftlicher Analysen
- verkehrsplanerische und -technologische Planungen
- die Investitionsplanung usw.

Im April 2015 wurde der Unternehmensgegenstand der Gesellschaft um die Aufgabe der Beschaffung, Ausstattung, Verwaltung und Bewirtschaftung von Wohnraum zur Unterbringung von Asylbewerbern und ausländischen Flüchtlingen in Gemeinschafts- und Einzelunterkünften (Daseinsvorsorge) erweitert. Aufgrund des Umfangs dieses Aufgabengebietes wurde mit Gesellschafterbeschluss vom 23.08.2016 der Geschäftsbereich der Daseinsvorsorge rückwirkend zum 01.01.2016 in die "Daseinsvorsorge Greiz GmbH" abgespalten. Vom Unternehmen wurden alle notwendigen Voraussetzungen zur Abspaltung im buchhalterischen und abrechnungstechnischen Bereich bis zur Realisierung getroffen. Die Abspaltung konnte buchhalterisch erst zum 01.12.2016 komplett umgesetzt werden.

Zum Gegenstand der Gesellschaft gehört die Vornahme aller Geschäfte und Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar zu dienen geeignet sind. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung des vorgenannten Gegenstandes des Unternehmens dienen. Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft erfüllt die Aufgabe der Verwaltung von kreiseigenen Gesellschaften, die sämtlich zur Erfüllung öffentlicher Zwecke erforderlich sind. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem voraussichtlichen Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Die Gesellschaft wird als juristisch selbständige Person in GmbH-Form geführt. Die Gesellschaft erbringt für alle ÖPNV-Unternehmen im verkehrstechnologischen und kaufmännischen Bereich Dienstleistungen. Ziel ist die Vereinheitlichung wesentlicher Verwaltungsaufgaben der ÖPNV-Unternehmen des Landkreises Greiz. Gegenstand der Gesellschaft ist auch die Verwaltung und Betriebsführung von Unternehmen mit kommunaler Beteiligung im Landkreis Greiz.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft erfüllt unter Beachtung ökonomischer und ökologischer Aspekte für die kreiseigenen Verkehrsunternehmen die Hauptaufgabe bei der Vorbereitung und Realisierung der Verkehrsleistungen nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) und den maßgebenden EU-Rechtsnormen, hier insbesondere der VO (EG) 1370/2007, zuletzt ergänzt durch die VO(EU) 2016/2338.

Für die Dienstleistungen, welche die SVG für die Vertragspartner PRG, RVG und UMWELT erbringt, spielt der sichere Umgang mit sensiblen Daten eine große Rolle. Der Schutz von Daten vor Verlust, Verfälschung, Beschädigung oder Löschung und die Sicherstellung der Daten spielt im täglichen Arbeitsprozess eine große Rolle. Regelmäßiges Erstellen von Backups sowie Zugangskontrollen und Verlaufskontrollen im internen Betriebsverlauf sind durch unsere interne IT-Abteilung ständig auf Viren, Ransomware sowie weitere Internetgefahren und Cyberkriminalität zu prüfen und notwendige Schutzmaßnahmen zur Verhinderung dieser zu ergreifen sowie alle Hintergrundsysteme auf aktuellem Stand zu halten.

Zu den Hauptaufgaben im technologischen Bereich gehört die Erstellung des Fahrplanes mit den dazugehörigen Dienst- und Wagenläufen. Der kaufmännische Bereich deckt vor allem die Erarbeitung der Wirtschaftspläne, die Durchführung von Finanz- und Lohnbuchhaltung als auch die Versicherungs- und Investitionstätigkeiten ab. Die Leistungen wurden in vollem Umfang für die kreiseigenen Verkehrsunternehmen PRG Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz und RVG Regionalverkehr Gera/Land GmbH realisiert. Zu den Dienstleistungen gehören auch die Planung und Durchführung der Linien- und Schulverkehrsleistung. Hinzu kommen Leistungen im Bereich der Buchhaltung und Lohnbuchhaltung für die kreiseigene "Umwelt" Entsorgungsund Straßenservice GmbH.

Die Gesellschaft arbeitet nach einem Qualitätsmanagementsystem, einschließlich eines eingerichteten Umweltmanagementsystems. Sowohl das Qualitäts- als auch das Umweltmanagement sowie interne Prozesse werden regelmäßig eine Überprüfung unterzogen und bei entsprechendem Bedarf angepasst.

Der vom Aufsichtsrat der Gesellschaft in dessen Sitzung vom 17.11.2020 beschlossene Wirtschaftsplan für den Berichtszeitraum 2021 sah ein geplantes Jahresergebnis von 13,3 T€ vor. Die Gesellschaft schließt das Wirtschaftsjahr 2021 mit einem positiven Jahresergebnis von 8 T€ (Vj. 11 T€) ab. Das Eigenkapital der Gesellschaft beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 116 T€ (Vj. 108 T€).

Vor dem Hintergrund der positiven Jahresergebnisse der Gesellschaft als auch der stabilen Finanzlage werden derzeit keine unmittelbaren Risiken, welche in der Gesellschaft wurzeln, für deren Fortbestand gesehen. Die Erbringung der oben genannten Dienstleistungen für die beiden kommunalen Verkehrsunternehmen PRG und RVG als auch die Gesellschaft "Umwelt GmbH" kann auch zukünftig vollumfänglich geleistet werden. Aufgrund dessen, dass die Gesellschaft über 90 % ihrer Leistungen für die beiden o.g. Verkehrsunternehmen erbringt, ist der Fortbestand der Gesellschaft wesentlich von der wirtschaftlichen Entwicklung der PRG bzw. RVG abhängig. Beide Verkehrsunternehmen waren im Berichtsjahr nach wie vor erheblich von den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sowie den zu ihrer Eindämmung verfügten Beschränkungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens betroffen.

Das Geschäftsjahr 2021 wurde mit einem Jahresüberschuss von 8 T€ abgeschlossen. Die Erbringung von Dienstleistungen für die Verkehrsunternehmen PRG und RVG konnte vollumfänglich gewährleistet werden.

Die Vermögenslage:

Das Eigenkapital der Gesellschaft beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 116 T€ (Vj. 108 T€). Bei einer Bilanzsumme von 248 T€ (Vj. 203 T€) beträgt die Eigenkapitalquote 47 % (Vj. 53 %). Da die Gewinnrücklagen durch die anteilige Einzahlung aus dem Jahresergebnis 2018 den Wert des Stammkapitals der Gesellschaft erreicht hatte, wird der komplette Jahresgewinn auf neue Rechnung vorgetragen. Die Gewinnrücklage darf ausschließlich zum Ausgleich eines Jahresfehlbetrages, eines Verlustvortrages oder eine Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln verwendet werden.

Der überwiegende Teil des Vermögens der Gesellschaft ist in Umlaufvermögen in Höhe von 223 T€ (Vj. 178 T€) gebunden. Den beiden Hauptauftraggebern PRG bzw. RVG wurden zur Stabilisierung ihrer Finanzlage, welche vor dem Hintergrund der COVID-19-bedingten Einschränkungen und Einnahmeausfalle angespannt war, verlängerte Zahlungsziele eingeräumt, bis die entsprechenden Hilfszahlungen aus dem sog. "ÖPNV-Corona-Rettungsschirm" ausgereicht wurden; die Forderungen wurden nach dem Bilanzstichtag beglichen. Demgegenüber beläuft sich der Netto-Buchwert des Anlagevermögens auf 25 T€ (Vj. 25 T€).

Die Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist stabil. Sämtlich gegen die Gesellschaft gerichtete Zahlungsaufforderungen wurden innerhalb des jeweiligen Zahlungszieles beglichen. Forderungsausfälle bei unseren Auftraggebern sind nicht zu verzeichnen und auch nicht zu erwarten.

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderung, Verbindlichkeit und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Verbindlichkeiten in der Gesellschaft belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 103 T€ (Vj. 45 T€). Hierin sind u.a. die Verbindlichkeiten aus Lohn- und Gehaltsforderungen der Beschäftigten für den Monat Dezember 2021, die regulär erst im Januar 2022 zur Auszahlung gelangen und welche aufgrund des Personalzuwachses sowie der Tarifanpassung höher ausfallen als im Vorjahr. Des Weiteren sind hierin Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung mit Leistungsmonat Dezember 2021 enthalten, deren Fälligkeit aber erst nach dem Bilanzstichtag eingetreten ist. Über Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten verfügte die Gesellschaft nicht.

Die Ertragslage:

Das Geschäftsjahr wurde mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 8 T€ abgeschlossen.

Die Umsatzerlöse betrugen 648 T€ (Vj. 584 T€) und lagen damit deutlich über dem Vorjahresniveau. Diese Mehreinnahmen resultieren im Wesentlichen aus einem erweiterten Aufgabenspektrum, welches die Gesellschaft für die beiden betreuten Verkehrsunternehmen abdeckt, sowie einer inflationsbedingt notwendigen Anpassung der Vergütungssätze. Die sonstigen Erträge betrugen in 2021 insgesamt 14 T€.

Die Aufwendungen für Personal bzw. die soziale Sicherung/Altersvorsorge betrugen im Berichtszeitraum 580 T€ (Vj. 506 T€). Diese ist überwiegend auf einen gestiegenen Personalbedarf (Bereiche Informations- und Kommunikationstechnik sowie Einrichtung eines Fahrschulbetriebs) sowie andererseits auf eine in Anlehnung an den Tarifabschluss 2020 bei den Verkehrsunternehmen PRG und RVG erfolgte Anpassung der Entlohnung für die Beschäftigten zurückzuführen. Die vakante Stelle im Bereich "luK-Technik" konnte nunmehr langfristig wiederbesetzt werden, was aufgrund der zunehmenden digitalen Anforderungen zwingend erforderlich war. Zudem wurde zur Kompensation der zuletzt erheblichen Preissteigerungen und immer geringeren Verfügbarkeit von Firmen für die Unterhaltung stationärer Anlagen der beiden Verkehrsunternehmen eine entsprechende Stelle geschaffen, was in der Folge zu einer deutlichen Kostenreduzierung für die Unternehmen PRG und RVG geführt hat. Für die Erledigung der Aufgaben kann die Gesellschaft auf gut qualifizierte und motivierte Beschäftigte zurückgreifen.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen betrugen 12 T€ (Vj. 10 T€). Der Anstieg resultiert aus Ersatzinvestitionen im Bereich Soft- und Hardwarekomponenten sowie Büroausstattung. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Jahr 2021 bei 59 T€ (Vj. 52 T€) und damit im Mittel der Werte aus den vorangegangenen Jahren. Die Beschäftigtenzahl der Servicegesellschaft liegt bei 14 (Vj. 11).

<u>Chancen – Risiken - Ausblick:</u>

Die Tätigkeit der Gesellschaft konzentriert sich mit den beiden kommunalen Verkehrsunternehmen PRG und RVG auf zwei Hauptkunden. Im Wesentlichen ist die künftige Entwicklung der Gesellschaft daher vom Fortbestand und den Anforderungen dieser Unternehmen abhängig, für welche basierend auf entsprechenden Managementverträgen Leistungen in den Bereichen Verwaltung, Buchhaltung, Investitionsplanung, EDV, Versicherungswesen und Verkehrsplanung/-Technologie erbracht werden.

Zum 01.01.2019 traten mit beiden Unternehmen neue Managementverträge in Kraft, welche an aktuelle bzw. mittel- bis langfristig zu erwartende Gegebenheiten angepasst sind.

Im Berichtsjahr wurde neu mit dem Aufbau einer eigenen Fahrschule begonnen, welche langfristig ausreichende Gewinnung von Fahrpersonal für die beiden Verkehrsunternehmen sicherstellen soll; dies umfasst:

- die Durchführung der theoretischen und praktischen Fahrausbildung im Rahmen der Berufsausbildung,
- die Durchführung der theoretischen und praktischen Fahrausbildung der Umschulungsbzw. Qualifizierungsmaßnahme sog. "Quereinsteiger",
- die Durchführung der notwendigen Grundqualifikation als Voraussetzung der Beschäftigten von Busfahrern im gewerbsmäßigen Verkehr sowie
- die Durchführung der regelmäßig notwendigen Schulungsmaßnahmen.

Für alle o.g. Fahrschul- bzw. Schulungsmaßnahmen musste bislang auf Fremdfirmen zurückgegriffen werden, deren Kosten deutlich über jenen Aufwendungen lagen, welche für die Einrichtung und den Betrieb der firmeninternen Fahrschule notwendig sind. Die Möglichkeit, insbesondere für sog. "Quereinsteiger" die Fahrschulausbildung und Berufskraftfahrerqualifikation unabhängig von Dritten durchführen zu können, ist ein wesentlicher positiver Faktor im Hinblick auf die Gewinnung des notwendigen Fahrpersonals.

Darüber hinaus war die Tätigkeit der Gesellschaft im Wesentlichen geprägt durch:

- die fachliche Begleitung der Nahverkehrsplanung,
- die buchhalterische und technische Begleitung der Inbetriebnahme der komplett erneuerten Vertriebs- und Betriebsleittechnik,
- die Vorbereitung und Einführung des neuen Verbundtarifsystems,
- die intensive Betreuung der Verkehrsunternehmen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie.

Auch das Jahr 2022 wird in erheblichen Umfang durch zusätzliche Leistungen zur Begleitung der Verkehrsunternehmen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie gekennzeichnet sein. Weitere größere Projekte sind – nach der erfolgreichen Einführung des Rufbus-Systems im "Vogtländischen Oberland" im Netz der PRG zum Fahrplanwechsel im Dezember 2021 - die konzeptionelle Vorbereitung für weitere Einsätze vollständig flexibilisierter Betriebsformen im öffentlichen Nahverkehr sowie die Neugestaltung eines kundenfreundlichen Fahrplanlayouts, welches beginnend an dem Fahrplanwechsel 2022/23 zum Einsatz kommen soll. Regional übergreifende Projekte im öffentlichen Nahverkehr betreffen die Vorbereitung der jeweils ab Dezember 2022 geplanten Angebotskooperation mit der RVW Regionalverkehr Westsachsen GmbH auf der Achse Greiz – Werdau bzw. mit der THÜSAC GmbH auf der Verbindung Gera – Korbußen – Ronneburg – Schmölln (- Altenburg).

Vor dem Hintergrund angestrebter Kostenoptimierungen bei der Leistungserstellung im ÖPNV sollten Möglichkeiten einer vertieften Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen untersucht und bei nachgewiesener Praktikabilität und Wirtschaftlichkeit umgesetzt werden. Dies betrifft beispielsweise die Reduzierung von Fahrzeugvorhaltekosten, Instandhaltungsaufwendungen oder Aufwendungen für die Beschaffung von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen.

Eine intensive Zusammenarbeit betrifft auch die Neuregelungen bzw. der Vergabe von Lieferund Leistungsaufträgen durch öffentliche Auftraggeber, denen sich die Gesellschaft in Zusammenarbeit mit der Umwelt GmbH stellen wird. Darüber hinaus kann das Leistungsspektrum der Gesellschaft auch gegenüber anderen Unternehmen im Landkreis Greiz angeboten werden.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Lageberichts waren die PRG und die RVG als die beiden Hauptauftraggeber der GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greiz von den Auswirkungen behördlich angeordneter Beschränkungen des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens infolge der Verbreitung der neuartigen Lungenkrankheit COVID-19 betroffen; die drastischen Einschränkungen des Betriebs von Schule, Handels- und Freizeiteinrichtungen, aber auch des kompletten touristischen Verkehrs haben bei den genannten Unternehmen einerseits zu erheblichen Einnahmeausfällen – teilweise bis zum Totalausfall – in allen Geschäftsfeldern geführt.

Darüber hinaus können sich ab 2022 die Entwicklungen infolge des Russisch-Ukrainischen Krieges durch steigende Kosten für Treibstoffe und Energie deutlich auf die RVG und die PRG auswirken. Um die Finanzlage in beiden Unternehmen stabilisieren zu können, wurden die Zahlungsziele bzgl. der Vergütung der Managementleistungen verlängert, bis den genannten Unternehmen die Einnahmeverluste durch den Erhalt öffentlicher Hilfszahlungen anteilig kompensiert werden. Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung halten die Pandemielage und die damit in Verbindung stehenden Einschränkungen zum Teil weiter an. Erwartet wird, dass eine Reduzierung bzw. Aufhebung der beschränkten Maßnahmen sich positiv auf die Geschäftslage der beiden Hauptkunden auswirkt; gleichwohl muss abgewartet werden, ob infolge der langanhaltenden Dauer der Einschränkungen ggf. nachhaltig negative Auswirkungen z.B. auf die Verkehrsnachfrage im öffentlichen Verkehr generiert hat.

Mindestens für die Dauer der anhaltenden Pandemiesituation sind die Verkehrsunternehmen auf öffentliche Kompensationszahlungen zum Ausgleich der COVID-19-bedingten Verluste angewiesen. Folgerichtig wird daher die Anwendung des sog. "ÖPNV-Corona-Rettungsschirms" auch für das Jahr 2022 im politischen Raum vorbereitet. Dies ist mittelbar auch die Voraussetzung für den dauerhaften Fortbestand der GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greiz, da diese ihre Leistung im Wesentlichen für die o.g. Verkehrsunternehmen erbringt.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2021 bis 31.12.2021 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft FIDAIX Schuler & Kollegen GmbH geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Einwendungen.

Ausgewählte Kennziffern GRZ Service und Verwaltungsgesellschaft mbH ¹:

Bilanz	2019 T€	2020 T€	2021 T€	Änderung zum Vorjahr
Anlagevermögen	29	25	25	0
Umlaufvermögen	155	178	222	44
bilanziertes Eigenkapital	97	108	116	8
Verbindlichkeiten	47	45	103	58
Bilanzsumme	184	203	248	45
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse	571	584	648	64
Personalaufwand	487	505	580	75
Abschreibungen	9	10	12	2
sonstige betriebliche Aufwendungen	59	52	59	7
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	10	11	8	-3
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%)²	53	53	47	-6
Beschäftigte Ø	10	12	13	1

Rundungsdifferenzen möglich
 Eigenkapital/Gesamtkapital

3.3 Sonstige Unternehmen

3.3.1 "Umwelt" Entsorgungs- und Straßenservice GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

"Umwelt" Entsorgungs- und Telefon: 036622-5680 Straßenservice GmbH Telefax: 036622-56820

Mehlaer Hauptstraße 24 a E-Mail: <u>info@entsorgung-mehla.de</u>

07950 Zeulenroda-Triebes

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde 03. Juli 1990 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 200743) eingetragen. ailt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 21. Dezember 2010 (mit Beurkundung notarieller Nr. 719/2010 des Notariats Peter Orth).

Zeichen der Genehmigung: 240.4-1515-001/10-GRZ

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand 31.12.2021):

Jochen Eidner Geschäftsführer Solveig Schönknecht Einzelprokura

Der Geschäftsführer ist einzelvertretungsberechtigt. Von der Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB abgesehen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2021):

Vorsitzende Frau Martina Schweinsburg Landrat

Stellv. Vorsitzender Herr Gerhard Helmert Kreistagsmitglied weitere Mitglieder Herr Wolfram Köber Kreistagsmitglied Herr Uhland Seifert Sachverständiger Herr Dirk Bergner Kreistagsmitglied

Herr Torsten Braun Kreistagsmitglied

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2021 Bezüge in Höhe von 1.100 € erhalten (Vj. 1.000 €).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist der Landkreis Greiz. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2021 beträgt 310.000,00 Euro. Der Landkreis als Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung vom Landrat vertreten. Der Landrat handelt im Auftrag des Kreistages.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine

Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist die Entsorgung von Haus- und Gewerbemüll, Straßenreinigung, Kanal- und Gullyreinigung, Fäkalschlammentsorgung sowie Transportleistungen verschiedener Art und die mit dem Bau und der Unterhaltung von Straßen zusammenhängenden Aufgaben für den Landkreis Greiz als auch für Auftraggeber außerhalb des Territoriums.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung des vorgenannten Gegenstandes des Unternehmens dienen.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art gründen, übernehmen oder sich an ihnen beteiligen, wenn ein wirtschaftlicher und organisatorischer Zusammenhang zur Erzielung des Gesellschaftszwecks beseht oder herbeigeführt werden soll.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gemäß § 87 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) gehört die Abfallentsorgung zu den Aufgaben des eigenen Wirkungskreises eines Landkreises. Diese Aufgabe wurde dem Abfallwirtschaftszweckverband Ostthüringen übertragen. Die "Umwelt" Entsorgungs- und Straßenservice GmbH nimmt die Abfallentsorgung im Landkreis Greiz wahr auf der Grundlage von mittel- und langfristigen Verträgen mit dem Abfallwirtschaftszweckverband Ostthüringen.

Das Unternehmen wurde mit Beschluss des Kreistages Greiz Nr. 121/2010 vom 30. November 2010 gemäß § 66 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung fiskalisiert. Der Beschluss wurde aufsichtsbehördlich genehmigt.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Das Unternehmen besteht als juristisch selbständige Person in GmbH – Form. Zum Gegenstand des Unternehmens gehört die Entsorgung von Haus- und Gewerbemüll, Straßenreinigung, Kanal- und Gullyreinigung, Fäkalschlammentsorgung, Transportleistungen verschiedener Art sowie die mit dem Bau und der Unterhaltung von Straßen zusammenhängenden Aufgaben. Das Unternehmen unterhält eine Außenstelle in Zeulenroda.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Die Marktsituation kann trotz der Corona-Pandemie als stabil bezeichnet werden. Der Entsorgungsvertrag mit dem Abfallwirtschaftszweckverband Ostthüringen begann am 01.01.2016 mit einer Laufzeit von 10 Jahren. Die Verträge als Subunternehmer der GUD für das Einsammeln von Leichtverpackungen und Glas wurden bis zum 31.12.2024 unterzeichnet.

Der Vertrag der Fäkalschlammentsorgung im Zweckverband TAWEG wurde nach Ablauf des Geschäftsjahres für weitere vier Jahre bis 2024 geschlossen. Weiterhin konnte sich das Unternehmen die Entsorgung der Kläranlagen im Verbandsgebiet des Zweckverbandes Wasser/Abwasser "Obere Saale" für fünf Jahre von 2022 bis 2026 sichern.

Die Auftragslage ist in allen Bereichen stabil geblieben. Die das Geschäftsjahr begleitende Pandemielage hatte wenig Einfluss auf die Rahmenbedingungen. Durch die Systemrelevanz der Entsorgungsbranche war eine durchgehende Tätigkeit gewährleistet, die das Unternehmen nicht zur Einführung von Kurzarbeit gezwungen hat. Die Gesellschaft verfügt über einen solventen Kundenstamm.

Das Geschäftsjahr 2021 wurde mit einem positiven Jahresergebnis abgeschlossen. Die Gesamtumsatzerlöse des Geschäftsjahres stiegen um 183 T€ auf 6.057 T€. Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 23 T€ gefallen und liegt bei 2.653 T€. Durchschnittlich wurden im Geschäftsjahr 66 Personen beschäftigt.

Im Wirtschaftsjahr wurden Investitionen in diverse Fahrzeuge, technische Anlagen, Betriebsund Geschäftsausstattung sowie ein Immobilienkauf mit einem Wertumfang 1.182 T€ getätigt.

Haus-, Bio- und Sperrmüllentsorgung, Wertstofferfassung

Der Umsatz aus Biomüllentsorgung ist im Geschäftsjahr leicht angestiegen. Auch die Umsatzerlöse für Haus- und Sperrmüllentsorgung liegen im Berichtsjahr über dem Niveau des Vorjahres. Die Wertstoffpreise unterliegen starken Schwankungen und haben im Geschäftsjahr für einen Anstieg der Umsätze bei der Verwertung von Pappe und Schrott gesorgt.

Der Sperrmüll aus der Sperrmüllsammlung hat sich gegenüber dem Vorjahr auf gleichem Niveau bewegt. Dieser Müll wurde zum überwiegenden Teil vom Unternehmen selbst sortiert und einer getrennten Verwertung zugeführt. Dadurch ist es gelungen, einen weiteren positiven wirtschaftlichen Effekt zu erzielen. Bei der Entsorgung der Haushalte sowie kleinerer Gewerbebetriebe ist ein relativ stabiler Anfall von Abfallmengen zu verzeichnen.

Die Glasentsorgung erfolgte im Bringsystem bedarfsgerecht und ohne Probleme. Der Vertrag für die Entsorgung von Glas und Gelber Tonne, welche für ca. 32.500 Einwohner als Subunternehmen erledigt wird, wurde auch 2021 fortgeführt.

<u>Fäkalschlammentsorgung</u>

Die Fäkalschlammentsorgung in den Gebieten der Zweckverbände TAWEG Greiz, WAZ Zeulenroda und ZWOS sind durch Anschlüsse an das Kanalsystem rückläufig und folgen dem allgemeinen Trend. Die vertraglich geregelten Mengen konnten im Berichtsjahr entsorgt werden. Im Zweckverband TAWEG wurde für vier Jahre von 2022 bis 2025 ein weiterer Vertrag unterzeichnet. Auch im Zweckverband Obere Saale (ZWOS) konnte sich das Unternehmen einen Vertrag über weitere fünf Jahre sichern.

Containerdienst / Allgemeine Transporte

Dieses Geschäftsfeld ist großen Auftragsschwankungen unterworfen. Es ist gelungen, durch konsequente Transportoptimierung, optimierten Personaleinsatz und Preisanpassungen die erschwerten Bedingungen abzufangen und den Umsatz leicht zu steigern.

Müllumladestation / Reststoffdeponie

Der auf der Müllumladestation umgeschlagene und zur Müllverbrennung transportierte Abfall hat sich gegenüber dem Vorjahr um 4.000 t auf ca. 15.000 t verringert. Während Hausmüll relativ konstant anfällt, ist bei Gewerbemüll mit großen Schwankungen zu rechnen. Das Unternehmen konnte sich für weitere vier Jahre beginnend ab Juni 2021 den Transport des Restmülls aus der Müllumladestation zur Verbrennung sichern. Eine Herausforderung bildet dabei die Umladestation Wiewärthe (Zweckverband Abfallwirtschaft Saale-Orla Pößneck), die eine kontinuierliche Auslastung von Transportkapazitäten kaum möglich macht.

Auf der Inert- und Reststoffdeponie wurden ca. 30.000 t Abfall eingebaut. Das sind 18.000 t weniger als noch 2020, dennoch 20 % mehr als die durchschnittliche jährliche Einbaumenge. Auf die Mengen hat das Unternehmen selbst keinen Einfluss.

Die Sickerwasseraufbereitungsanlage wurde sachgerecht bedient und alle Fremdkontrollen durch die Behörden sind ohne Beanstandungen erfolgt. Die im Jahr 2019 auf ein anderes System umgestellte Wasseraufbereitung funktioniert auch 2021 einwandfrei.

Wertstoffe / Recyclingcenter

Die Wertstoffhöfe verzeichnen eine sehr hohe Kundenfrequenz. Es ist bei einigen Abfallarten ein Anstieg der angelieferten Menge zu verzeichnen. Besonders die Einführung einer Grünschnittkarte und die kostenlose Grünschnittannahme in den Monaten März und November. Die Menge Grün- und Astschnitt lag im Vergleich bei ca. 350 t unter dem Vorjahresniveau. Die auf den Wertstoffhöfen angenommenen Abfälle werden auf dem Recyclingcenter aufbereitet und zum großen Teil der Wiederverwertung zugeführt.

Im Berichtsjahr wurde die Elektroschrottsammlung weiterhin kundenfreundlich gestaltet, auf allen Wertstoffhöfen wurde der Elektronikschrott kostenfrei angenommen bzw. nach Anmeldung an den jeweiligen Stellen abgeholt und dem Verwerter zugeführt.

Die Vermögenslage:

Die Bilanzsumme zum 31.12.21 beträgt 4.729 T€ und ist damit um 662 T€ höher als im Vorjahr. Dies ist zurückzuführen auf die genannten Investitionen (1.182 T€), insbesondere in den neuen Wertstoffhof. Das Anlagevermögen ist mit 125 % vollständig durch Eigenkapital gedeckt. Die Forderungen aus Lieferung und Leistungen betragen im Berichtsjahr 493 T€. Die Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen liegen bei 137 T€. Das Eigenkapital hat sich infolge des verbliebenen Jahresüberschusses erhöht.

Die Finanzlage:

Die finanziellen Verhältnisse der Gesellschaft sind geordnet, die Zahlungsfähigkeit war zu jeder Zeit gewährleistet. Für die folgenden Jahre liegt ein Finanzplan vor, der auch die Tilgung der vorhandenen Finanzierungen enthält. Der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital beträgt 75 % (Vorjahr: 79,2 %).

Die satzungsmäßige Rücklage beträgt 310 T€. Diese Rücklagen sind für die Finanzierung von größeren Instandsetzungen bzw. außergewöhnlichen Investitionen vorgesehen.

Die Ertragslage:

Das Geschäftsjahr 2021 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 344 T€ ab. Nach Verrechnung mit dem Gewinnvortrag verbleibt ein Bilanzgewinn in Höhe von 2.713 T€. Die Umsatzerlöse liegen mit 6.057 T€ über denen des Vorjahres (5.874 T€). Sonstige betriebliche Erträge wurden in Höhe von 94 T€ erzielt. Der Materialaufwand ist mit 73 T€ auf 648 T€ gestiegen, das entspricht einer Steigerung von 12,7 %.

Aufgrund von vielen - auch pandemiebedingten Krankheitsfällen - mussten im Berichtsjahr mehr Leiharbeitskräfte eingesetzt werden. Der Personalaufwand ist durch Personalabgänge trotz Neueinstellungen und der Zahlung von Corona-Prämien gegenüber dem Vorjahr um 23 T€ gefallen.

Chancen - Risiken - Ausblick:

Es sind keine wesentlichen Änderungen in der Geschäftspolitik geplant. Der Umsatz muss sich im kommenden Geschäftsjahr, basierend auf den Auswirkungen der Corona-Pandemie, der Energiekosten und anderer umwelt- und wirtschaftspolitischer Entscheidungen eher leicht erhöhen. Eine Kompensation durch andere Effekte ist nahezu auszuschließen, zumal keine sichere Prognose zu Abfallaufkommen aus der Wirtschaft abgegeben werden kann. Aus Sicht der Unternehmensleitung ist das bestehende Portfolio so zu optimieren, dass die eigenen Ressourcen effizienter genutzt werden. Eine große Herausforderung wird die Personalfrage aufgrund der Pandemie und des Fachkräftemangels.

Für das Jahr 2021 hat das Unternehmen eine stabile Auftragslage, die vertraglich gebunden ist. Ab Mitte 2022 ist der Betrieb des Wertstoffhofes Zeulenroda an einem neuen Standort geplant, dem der Kauf der Immobilie im Jahr 2021 vorausging. Die Genehmigung für den Betrieb des Wertstoffhofes hat das Unternehmen im Februar 2022 erhalten.

Im Rahmen des Risikomanagements richtet die Gesellschaft primär hohe Aufmerksamkeit auf die regelmäßige Auswertung der betriebswirtschaftlichen Daten, verbunden mit einem hohen Kontrollbewusstsein der Geschäftsführung.

Diese analysiert und kontrolliert regelmäßig und zeitnah die relevanten Unterlagen des Rechnungswesens im Hinblick auf ein ausgewogenes Chancen- und Risikoumfeld. Dabei werden sowohl finanzielle als auch nichtfinanzielle Indikatoren betrachtet.

Im Rahmen von Quartalsberichten wird der Landkreis Greiz als Gesellschafter regelmäßig durch die Geschäftsführung über die Lage der Gesellschaft sowie die erkannten Chancen und Risiken in Kenntnis gesetzt.

Die zukünftigen Risiken der Gesellschaft resultieren unverändert aus der Entwicklung bei den Betriebsstoffpreisen, der restriktiven Haltung von umweltpolitischen Entscheidungsträgern, sinkenden Einwohnerzahlen im Landkreis Greiz, der Konkurrenz durch private Anbieter und den Zahlungsausfällen von Systembetreibern der dualen Systeme. Neu und nicht zu vernachlässigen kommt das Risiko des Personalausfalls während der Corona-Pandemie sowie die Risiken des Ukraine-Krieges hinzu, dessen Auswirkungen noch nicht kalkulierbar sind. Bei gleichbleibendem Bedarf ist mit 80 % höheren Beschaffungskosten zu rechnen, die das gesamte Ergebnis wesentlich beeinflussen. Weiterhin bestehen Risiken in steigenden Verbrennungspreisen für Gewerbemüll und rückläufiger Vergütung für Wertstoffe bis zur Zuzahlung.

Durch eine Optimierung der Tourenpläne, effizientere Fahrzeuge und eine höhere Marktdurchdringung wird versucht den Risiken entgegenzuwirken.

Der Entsorgungsvertrag mit dem Abfallwirtschaftszweckverband Ostthüringen sowie der Subunternehmervertrag mit der Geraer Umweltdienste GmbH & Co. KG wurde verlängert. Der Vertrag zum Transport von Haus- und Gewerbemüll zur Müllverbrennungsanlage nach Leuna wurde an die Gesellschaft bis 2024 vergeben.

Alle weiteren Verträge zur kommunalen Sammlung von Leichtverpackung, Glas sowie die Entsorgung von Kleinkläranlagen mit einer Laufzeit zwischen 3 und 5 Jahren konnte sich das Unternehmen erfolgreich sichern. Eine Fortführung der Aufträge ist aus Unternehmenssicht geplant, jedoch stehen die Verhandlungen dazu noch aus.

Für das Geschäftsjahr 2022 wird aufgrund der bisherigen Entwicklung und unter Einfluss der COVID-19-Pandemie sowie den Auswirkungen des Ukraine-Krieges von einem niedrigeren Jahresergebnis ausgegangen.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2021 bis 31.12.2021 von Wirtschaftsprüferin Frau Marijke Albus von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft MSC Schwarzer Albus GmbH geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Einwendungen.

Ausgewählte Kennziffern der "Umwelt" Entsorgungs- und Straßenservice GmbH ¹:

Bilanz	2019	2020	2021	Änderung
	T€	T€	T€	zum Vorjahr
Anlagevermögen	2.036	2.220	2.856	636
Umlaufvermögen	1.655	1.812	1.832	20
Eigenkapital	2.966	3.223	3.567	344
Verbindlichkeiten	560	677	988	311
Bilanzsumme	3.720	4.067	4.729	662
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse	5.505	5.874	6.057	183
Personalaufwand	2.495	2.676	2.653	-23
Materialaufwand	501	575	648	73
Abschreibungen	362	458	546	88
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7	6	7	-1
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	408	406	344	- 62
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%) ²	80	79	75	- 4
Beschäftigte Ø	65	67	66	-1
Umsatz je Beschäftigen (T€)	84,7	87,7	92	4,3

Rundungsdifferenzen möglich
 Eigenkapital/Gesamtkapital

3.3.2 Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Greiz (KSM)

Sitz und Anschrift des Unternehmens

Eigenbetrieb Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Greiz

Binsicht 49 Telefon: 036628-82550 07937 Zeulenroda-Triebes Telefax: 036628-82202

E-Mail: <u>info@strassenmeisterei.net</u>

Kreistag

Die Zuständigkeit und der jeweilige Verantwortungsbereich der einzelnen Organe bestimmen sich hauptsächlich nach der Thüringer Eigenbetriebsverordnung (ThürEBV) und der Betriebssatzung der KSM.

Werkleitung und Werkausschuss

Werkleitung (Stand 31.12.2021):

Torsten Bernstein Werkleiter
Tino Kebsch stellv. Werkleiter

Werkausschuss (Stand 31.12.2021):

Dirk Bergner (Vorsitzender) Kreistagsmitglied Gerhard Helmert (stellv. Vors.) Kreistagsmitglied

Martina Schweinsburg Landrat Landkreis Greiz

Ullrich Zschegner Kreistagsmitglied
Thomas Trommer Kreistagsmitglied
Siegmund Borek Kreistagsmitglied
Marlis Jakat Kreistagsmitglied

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine Art des Zuschusses: keine

Kurzvorstellung des Unternehmens

Die KSM des Landkreises Greiz ist ein organisatorisch, verwaltungsmäßig finanzwirtschaftlich gesondertes wirtschaftliches Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit im Sinne des § 76 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) und der Thüringer Eigenbetriebsverordnung (ThürEBV). Gegenstand des Unternehmens sind gemäß § 2 Betriebssatzung die mit der Straßenbaulast des Landkreises Greiz gemäß §§ 9 und 10 Thüringer Straßengesetz verbundenen Aufgaben. Dazu gehört die Unterhaltung (u. a. Reinigung, Pflege, Winterdienst), Instandsetzung und Überwachung der Kreisstraßen (inkl. Verkehrsfläche. Seitenräume. Entwässerung, Leiteinrichtungen). Bei Planungen, Investitionsentscheidungen und Neubau von Straßen erfolgt das Zusammenwirken der KSM mit dem Tiefbauamt des Landkreises Greiz. Die KSM erfüllt ihre Aufgaben im Auftrag des Landratsamtes. In Bad Köstritz wird eine Außenstelle unterhalten.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Eigenbetrieb nimmt die Aufgaben der Straßenbaulast des Landkreises Greiz gemäß Thüringer Straßengesetz wahr.

Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und der genehmigten Betriebssatzung. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Satzungszweck. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem voraussichtlichen Bedarf.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Die Kreisstraßenmeisterei war 2021 in der Lage, die mit der Straßenbaulast des Landkreises Greiz verbundenen Aufgaben zu erfüllen. Das Tätigkeitsfeld umfasste folgende Schwerpunkte:

- Unterhaltung, Instandsetzung und Überwachung der Kreisstraßen
- Winterdienst
- Grünpflege/Grasmahd
- Kontrolle und Verkehrssicherung
- Reinigung, allg. Leistungen und
- Erfüllung hoheitlicher Aufgaben

Das Geschäftsjahr 2021 wurde mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 139 T€ abgeschlossen.

Das Geschäftsjahr war durch eine konstante Auftragslage geprägt. Trotz der Pandemiesituation konnten die Straßenunterhaltung und der Winterdienst, unter Beachtung der Auflagen des Hygienekonzeptes planmäßig fortgeführt werden. Das Umsatzvolumen der KSM konnte im Vergleich zum Vorjahr um 202 T€ gesteigert werden. Nach den milden Winterwetterlagen der vergangenen Jahre hat im Geschäftsjahr 2021 in den Monaten Januar und Februar ein regional typischer Winter Einzug gehalten.

Durch die zahlreichen Winterdiensteinsätze sind die diesbezüglichen Erlöse im Vergleich zum Geschäftsjahr 2020 um 435 T€ gestiegen.

Aufgrund der Winterdiensteinsatzhäufigkeit konnte zu Jahresbeginn nur ein um 230 T€ geringeres Auftragsvolumen im Bereich der Straßenunterhaltung umgesetzt werden. Die Gehölzpflegearbeiten wurden aus personellen Kapazitätsgründen auf das straßenverkehrsrechtlich notwendige reduziert.

Die Leistungen gegenüber dem Landratsamt erfolgten nach Auftragsvergabe durch das Tiefbauamt des Landkreises Greiz. Grundlage der Auftragsvergabe ist die jährliche Straßenbefahrung, in deren Ergebnis die Einzelmaßnahmen zur Unterhaltung des Straßennetzes festgelegt werden. Das Budget in Höhe von 1.542 T€ konnte im Geschäftsjahr 2021 vollständig abgerufen werden.

Die Umsatzerlöse konnten im Geschäftsjahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr von 2.005 T€ auf 2.207 T€ gesteigert werden. Hinzu kommen Erträge aus Versicherungsentschädigungen, Auflösung aus Investitionszuschüssen und Auflösung von Rückstellungen.

Die Personalaufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 12 T€ gestiegen. Die Kostensteigerung resultiert überwiegend aus der Tariferhöhung 01.04.2021.

Die Gesamtkosten sind um 215 T€ gestiegen. Die Materialkosten erhöhten sich um 133 T€. Der Streusalzbedarf ist im Vorjahresvergleich um 505 t gestiegen. Die Kosten für Kraft, Hilfs- und Betriebsstoffe haben sich aufgrund der vermehrten Winterdienstfahrten sowie der gestiegenen Kraftstoffpreise um 59 T€ erhöht.

Schwerpunkt der Investitionstätigkeit im Geschäftsjahr 2021 waren:

Ersatzneubau Lkw-Waschplatz mit Ölabscheide Anlage am Standort Bad Köstritz
 215 T€

Bohr- und MeißelhammerVibrationsplatte5 T€

- Benzin-Hammer 3 T€

- Mobilbagger 115 T€

Die Vermögenslage:

Die Bilanzsumme zum 31.12.2021 beträgt 2.256 T€ und ist damit um 368 T€ höher als im Vorjahr. Das Anlagevermögen in Höhe von 1.563 T€ ist vollständig durch Eigenkapital gedeckt. Das Anlagevermögen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 198 T€.

Die Finanzlage

Das Finanzmanagement war darauf gerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfristen zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Kurzfristigem Vermögen in Höhe von 394 T€ stehen kurzfristige Verbindlichkeiten von 78 T€ gegenüber. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen nicht.

Die Ertragslage:

Das Jahr 2021 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 139 € ab. Die Umsatzerlöse haben sich auf 2.207 T€ erhöht. Die Gesamterträge sind unter Berücksichtigung der Auflösung von Rückstellungen und den Erlösen aus der Auflösung aus Investitionszuschüssen im Vergleich zum Vorjahr um 194 T€ gestiegen.

Die Umsatzerlöse stellen sich wie folgt dar:

Bezeichnung	2020 (T€)	2021 (T€)	
Umsatzerlöse aus Winterdienstleistungen	394	830	
Umsatzerlöse aus Bauleistungen	1.609	1.375	
Mieteinnahmen	2	2	
Gesamtumsatz	2.005	2.207	

Die Erlöse für Winterdienstleistungen haben sich um 110 % erhöht. Dagegen haben sich die Erlöse für Bauleistungen und Straßenunterhaltung um 15 % verringert. Die Personalkosten sind im Vergleich zum Geschäftsjahr 2021 um 12 T€ gestiegen. Die Personalaufwandsquote liegt bei 46,1 % (Vj. 50,1 %). Durch die Steigerung der Umsatzerlöse und Outsourcing der Finanzbuchhaltung konnte die Personalaufwandsquote gesenkt werden.

Chancen - Risiken - Ausblick:

Die Auftragslage für das Geschäftsjahr 2022 ist anhaltend gesichert. Das durch das Tiefbauamt des Landratsamtes in Aussicht gestellte Auftragsbudget i.H.v. 1.592 T€ ist im Vergleich zum Geschäftsjahr 2021 um 50 T€ gestiegen.

Die Übernahme der Aufgaben des Straßenbaulastträgers und die damit verbundenen Aufträge zur Instandhaltung der Kreisstraßen und Brückenbauwerke sichern eine Auslastung des Personals und der Technik zum großen Teil. Zur ganzjährigen wirtschaftlichen Auslastung sind jedoch weiterhin zusätzliche Aufträge weiterer Fachabteilungen des Landkreises Greiz bzw. von Kommunen und Dritten erforderlich. Unsicherheiten bestehen bezüglich des Auftragsvolumens von Winterdienstleistungen. Die Vertragsgestaltung für Winterdienstleistungen mit Kommunen wird sich aufgrund umsatzsteuerrechtlicher Bestimmungen verändern. Die Werkleitung wird daher im Geschäftsjahr 2022 die Routenplanung neu strukturieren und die Winterdienstverträge überarbeiten.

Mit Blick auf zukünftige Geschäftsjahre liegen erkennbare Risiken für die Kreisstraßenmeisterei im Geschäftsfeld der Straßenbauleistung. Die derzeitige Preisentwicklung, insbesondere die sprunghafte Erhöhung der Entsorgungskosten, der Baustoffkosten sowie der Kosten von Betriebs- und Hilfsstoffen, stellen bei einem budgetierten Auftragsvolumen und einer zeitverzögerten Produktpreisanpassung ein Kalkulationsrisiko dar. Die Nachwirkung der durch die Pandemieauflagen verzögerten Produktionsabläufe sowie einhergehende Lieferengpässe und die Verteuerung von Betriebsstoffen sowie Baumaterialien wurden durch den Russland-Ukraine-Konflikt verstärkt. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Preise für Mineralölprodukte und andere energieerzeugende Rohstoffe fast verdoppelt, Tendenz weiter steigend. Für Baumaterialien übersteigt die Nachfrage mittlerweile bei Weitem das Angebot. Die Versorgung mit Rohstoffen wird ferner durch knappe Transportkapazitäten erschwert.

Die Preiskalkulation für das Leistungsverzeichnis der KSM wird unter Normalmarktbedingungen in Abstimmung mit dem Kreisbauamt regelmäßig dem zu erwartenden Preisniveau angepasst. Unter Beachtung der derzeitigen Marktlage ist allerdings eine Überarbeitung des Leistungsverzeichnissees wenia zielführend. Das Erstellen längerfristig Leistungsverzeichnisse ist auf der Grundlage von derzeit praktizierten Tagespreisen nicht möglich. Um dieser Situation betriebswirtschaftlich entgegenzukommen, wurde in Abstimmung mit dem Landratsamt vereinbart, die Rechnungstellung unter Verwendung der tatsächlichen Einkaufspreise vorzunehmen. Trotz dieser Vereinbarung lässt die derzeitige Marktsituation keine seriöse Risikoprognose für das laufende Wirtschaftsjahr zu. Die Streusalzbeschaffung für die bevorstehende Wintersaison wurde ausgeschrieben. Der hier angebotene Lieferpreis wird das Leistungsverzeichnis für die Winterdienstleistung erheblich beeinflussen. Die Ergebnisse von Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst tragen stets ein Kalkulationsrisiko mit sich. Risikobehaftet stellt sich der auf die Kreisstraßenmeisterei zugelassene Fuhrpark dar. Das Alter des Fuhrparkes liegt zum Teil deutlich über den statistischen Durchschnittswerten in Deutschland. Die Reparaturanfälligkeit älterer Fahrzeuge ist höher als die eines modernen Fahrzeuges.

Es ist derzeit zu erwarten, dass die bereits veranlassten Beschaffungsaufträge zur Erneuerung des Fuhrparkes zeitverzögert erfüllt werden. Die vorhandene Einsatztechnik muss somit weiter genutzt werden. Mit einer Minderung der Kosten für Reparaturmaßnahmen kann daher vorerst nicht gerechnet werden.

Nach derzeitigem Rechtsstand wird sich die Umsatzbesteuerung bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts zum 01.01.2023 grundlegend ändern. Nach § 2b Umsatzsteuergesetz sind jPdöR, sobald sie Leistungen auf privatrechtlicher Grundlage oder im Wettbewerb mit privaten Dritten erbringen, unternehmerisch tätig. Die Leistungsprodukte der KSM, die bisher für die Gemeinden als Beistandsleistungen erbracht wurden, fallen unter die neue Rechtslage.

Der Kreistag des Landkreises Greiz hat mit Beschluss-Nr. 199/2021 vom 30.11.2021 die Rückführung des Eigenbetriebes Kreisstraßenmeisterei in das Landratsamt beschlossen. Der Geschäftsbetrieb des Eigenbetriebes wird unter Aufhebung der Betriebssatzung zum 31.12.2022 eingestellt. Die Aufgaben der Kreisstraßenmeisterei werden ab dem 01.01.2023 als Regiebetrieb fortgeführt.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2021 bis 31.12.2021 von der PRC Treuhand & Revision GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) bestätigte der Werkleitung für den Zeitraum vom 01.01.2021 bis 31.12.2021 keine Einwendungen.

Ausgewählte Kennziffern der KSM ¹:

Bilanz	2019 T€	2020 T€	2021 T€	Änderung zum Vorjahr
Anlagevermögen	1.230	1.366	1.563	197
Umlaufvermögen	490	521	668	147
Eigenkapital	1.670	1.830	1.969	139
Verbindlichkeiten	20	22	78	56
Bilanzsumme	1.722	1.888	2.256	368
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse	1.788	2.005	2.207	202
sonstige betriebliche Erträge	24	113	105	- 8
Personalaufwand	958	1.006	1.018	12
Materialaufwand	283	293	426	133
Abschreibungen	185	165	173	8
sonstiger betrieblicher Aufwand	460	493	556	63
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	- 64	160	139	-21
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%) ²	97	97	87	- 10
Beschäftigte Ø	21	21	20	- 1
Umsatz je Beschäftigen (T€)	85	95	110	15

Rundungsdifferenzen möglich
 Eigenkapital/Gesamtkapital

4. Schlussbemerkungen

Dieser Bericht wurde unter Benutzung der Prüfungsberichte der Jahresabschlüsse, der Lageberichte der Gesellschaften und den Auskünften der Geschäftsführer bzw. beauftragter Mitarbeiter erstellt.

Die entnommenen Zahlen, Daten und Fakten entstammen hauptsächlich den Bilanzen, den Gewinn- und Verlustrechnungen und den Lageberichten.

Die Jahresabschlüsse sind im Landratsamt Greiz (Sachgebiet Beteiligungsverwaltung) einsehbar.

5. Abkürzungsverzeichnis

AO Abgabenordnung

DIN EN ISO Internationale Normvorschrift

DLZ Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz GmbH

DRG diagnosebezogene Fallgruppen
DSV Daseinsvorsorge Greiz GmbH

GmbH Gesellschaft mit beschränkter Haftung

GmbHG GmbH-Gesetz

GUD Geraer Umweltdienste GmbH & Co. KG
GVB Verkehrs- und Betriebsgesellschaft Gera mbH

HGB Handelsgesetzbuch

HGrG Haushaltsgrundsätzegesetz HRB Handelsregister-Teil B

jPdöR juristische Person des öffentlichen Rechts

KHEntgG Krankenhausentgeltgesetz

KHG Krankenhausfinanzierungsgesetz
KHZG Krankenhauszukunftsgesetz
KKH Greiz Kreiskrankenhaus Greiz GmbH

KKH Ronneburg Kreiskrankenhaus Ronneburg – Fachklinik für Geriatrie GmbH

KKH Schleiz Kreiskrankenhaus Schleiz GmbH KSM Kreisstraßenmeisterei Landkreis Greiz

MVZ Greiz Medizinisches Versorgungszentrum der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH

- Poliklinik Greiz GmbH

ÖDA Öffentlicher Dienstleistungsauftrag
ÖPNV Öffentlicher Personennahverkehr
PBefG Personenbeförderungsgesetz

PRG Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz

QM-System Qualitätsmanagement-System
RVG Regionalverkehr Gera / Land GmbH
SBG IX Das neunte Sozialgesetzbuch

SVG GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft mbH

TAWEG Zweckverband Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung Weiße

Elster/Greiz

ThürEBV Thüringer Eigenbetriebsverordnung
ThürKO Thüringer Kommunalordnung

THÜSAC Thüringisch-Sächsische Personennahverkehrsgesellschaft

TVöD Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst

VKA Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände

VMT Verkehrsverbund Mittelthüringen